



# Attersee Report

Die wehrlose Generation

---

Gerhard Schlüsselberger · Die Selbstbefreiung des Volkes?

Bruno Wolters · Armee ohne Volk?

Norbert Nemeth · Das Volk, das ist ein schwankender Begriff



Ausgabe Nr. 42 · Mai 2025



*Die Demokratie  
darf die Staatsmacht  
nicht einer Minderheit,  
nur dem ganzen Volke  
anvertrauen.*

Perikles

Coverbild:  
*Ecce Homo*, anonym er alter Meister ,  
südliche Niederlande, frühes 16. Jahrhundert,  
Antwerpen, Königliches Museum der Schönen Künste

Abbildung auf dieser Seite:  
Montagsdemonstration in Leipzig,  
DDR, 1989

# Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren!



Wenn wir im Report Kritik an der gegenwärtigen Lage der Demokratie üben, so verstehen wir unter Kritik die Beurteilung einer Sache anhand von Maßstäben. Der Maßstab des freiheitlichen Menschen ist Artikel 1 unserer Bundesverfassung, somit das Mehrheitsprinzip im Staate, das die Identität von Herrschern und Beherrschten realisieren soll.

Mit dieser Sichtweise gerät man zusehends in die Defensive. Nicht, wenn man auf die Wahlergebnisse blickt, sehr wohl aber, wenn man sich die grassierende Umdeutung des Begriffes „Demokratie“ vor Augen hält. Im letzten Report haben wir aufgeschlüsselt, was unter der Apodiktik einer „liberalen Demokratie“ zu verstehen ist, nämlich eine Demokratie, in der nicht der Souverän das letzte Wort hat, sondern eine selbsternannte Elite.

Dazu passt, was sich dieser Tage beim EVP-Kongress in Valencia zugetragen hat. Der politische Hauptgegner für die EVP sind nämlich – nach Worten von Parteichef Manfred Weber – „nicht mehr die Mitte-Links-Parteien, sondern die Extremen in Europa und weltweit.“ Unter einem nannte er Österreich als Fallbeispiel und dankte Christian Stocker dafür, mit der FPÖ keine Koalition eingegangen zu sein: „Unter seiner Führung ist Österreich klar eingebettet in einen pro-europäischen Kontext.“



Abgesehen davon, dass das nicht in die ÖVP-Erzählung des gescheiterten Herbert Kickl passt, sondern die FPÖ-Sicht der Scheinverhandlungen bestätigt, wird in Webers Aussage deutlich, woran nicht nur die vormals konservativen Parteien leiden, sondern auch die Demokratie insgesamt. Auf der einen Seite

ist es der Umstand, dass sich Parteien wie die ÖVP, die CDU oder die CSU dazu entschieden haben, nur mehr Teil jener Brandmauer zu sein, die uns so sehr an den antifaschistischen Schutzwall der DDR erinnert. Gut möglich, dass Lenin sie als „nützliche Idioten“ bezeichnet hätte. Wer kann es wissen? Was wir wissen, ist, dass die Linksparteien nicht mehr der Hauptgegner der EVP und ihrer Filialbetriebe sind.

Auf der anderen Seite – und das schmerzt mehr – ist es die Idee der Demokratie, die unter die Räder kommt. Parteien, die Wahlen gewinnen, werden systematisch von der Macht ferngehalten. Dabei geht es nicht um „Werte“, sondern um den Machterhalt jener, die bei der Definition dieser „Werte“ über die Schlagwortebene nicht hinauskommen. Allein aus diesem Grund lohnt die Lektüre des Reportes. Wie immer man die Dinge beurteilt, wir schreiben nicht an der Oberfläche entlang, sondern in die Tiefe hinab.

Herzlichst Ihr  
*ParlRat Mag. Norbert Nemeth*  
Herausgeber

# Inhalt



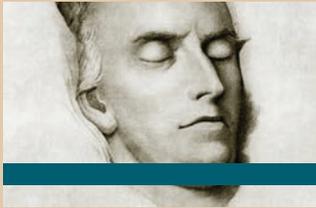
## Theorie:

Wir schützen Österreich... vor wem? .....	6
Die Selbstbefreiung des Volkes? .....	8
Globalismus, Solipsismus und Infantilisierung .....	14
Die Abrechnung .....	17
Von Boomern und Millenials .....	22
Die Verschiebung der Fronten .....	25



## Praxis:

Armee ohne Volk? .....	26
Die Rückkehr der Söldner .....	32
Eliten an die Front! .....	39



## Feuilleton:

Das Volk, das ist ein schwankender Begriff .....	40
Adharas Stimme .....	50
Impressum .....	51

# Editorial

Werte Leser!



Die Demokratie ist so eine anstrengende, ja enervierende Angelegenheit, dass sie historisch immer nur in besonderen Zeiten reüssieren konnte, die von Selbstvertrauen, Bildungsaufschwung und einem gewissen materiellen Grundwohlstand geprägt waren. Kein Wunder also, dass sie zum ersten Male im alten Athen gerade zwischen den Regierungen des Kleisthenes und Perikles durchexerziert worden war.

Zu jenen Zeiten, nach den siegreichen Perserkriegen, war das Selbstvertrauen nicht nur der athenischen Bürgerschaft, sondern jedes einzelnen Mannes vom adeligen Grundbesitzer bis zum einfachen Matrosen, ins Grenzenlose gewachsen, die schönen Künste und Wissenschaften hatten eine Heimat in Athen gefunden, Theater und Philosophie, Rhetorik und Politik, und auch genug an Gold und Silber floss da in die Staatskasse, um das kostspielige Experiment der demokratischen Selbstregierung zu versuchen. Diese Demokratie verdiente den Namen tatsächlich, denn in permanenten Ausschüssen der Vollbürger wurde das Staatsschiff keinen Moment von der lenkenden Hand des Volkes abgetrennt.

Die Tyrannei dagegen gelang seit jeher dort am besten, wo man den Beherrschten mutlos, dumm und arm hielt, und nicht von ungefähr legten Diktaturen oft die Saat zu ihrem Untergange, wo sie sich zu reformieren begannen und dem Volke zu viel an bürgerlicher, geistiger und wirtschaftlicher Freiheit gewährten. Wo ein Regime sich zu reformieren anfängt, um sich zu retten, ermutigt es jene, die es stürzen werden, wusste schon Alexis de Tocqueville, der darüber sein berühmtes Paradoxon formulierte, dass gerade nicht die schlechtesten Diktaturen ge-



stürzt werden, sondern jene, die sich zum Wohl des Volkes zu bessern beginnen.

Unsere Systeme heute bessern sich freilich nicht. Sie verschlechtern sich spürbar. Umso öfter müssen sie die Demokratie als Beschwörungsformel bemühen: Man nennt Demokratie, was eher einer Oligarchie entspricht, die von Partei- und Medienkartel-

len, internationalen Organisationen und supranationalem Vertragsrecht aufrechterhalten wird. Man punziert als Populismus, was eigentlich Demokratie wäre und dem Volk zumindest eine Stimme verschaffen will. Man nährt den tatsächlichen degenerativen Populismus, der sich zeigt, wenn das Volk zu faul und feige wird, sich selbst zu regieren, und die unbequeme Pflicht der Politik zurück nach oben auslagert im Tausch gegen Brot und Spiele.

In dieser Ausgabe unseres Reports werden wir uns jene Generation etwas genauer ansehen, die eben diesen Tausch sanktioniert hat. Das war natürlich ein schleicher Prozess, aber er war gründlich. Es war jene Generation, die von der Nation als Wehr- und Schicksalsgemeinschaft nichts mehr wissen wollte und an ihre Stelle die Konsum- und Erlebnisgesellschaft stellte. Die Oligarchie nahm die Einladung dankend an, die Äußerungen des Volkes brechen sich nur mehr als Populismus seitdem ihre Bahn, und die wahren Demokraten, die am Volk festhielten, gerieten in die Minderheit. Heute stehen sie alle rechts, und nirgendwo sonst gibt es überhaupt noch eine Idee davon, was eine Nation ist und dass der Staat nicht irgendein Club ist, sondern ihr politischer Ausdruck.

Alles ist politisch, heißt es links. Nein! Das Volk ist politisch und nur das Volk als ein Ganzes, das sich so empfindet.

Ihr Jörg Mayer, Chefredakteur

## Wir schützen Österreich... vor wem?



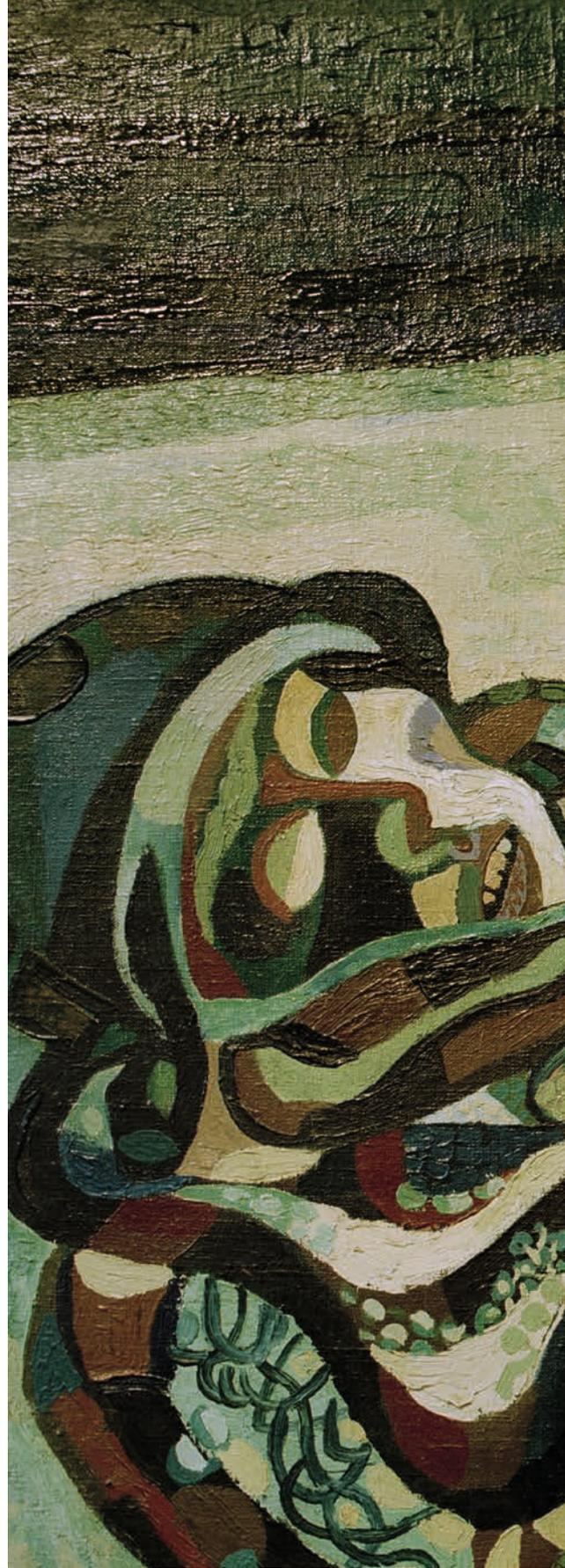
**B**undesverfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955  
über die Neutralität Österreichs:

Artikel I: (1) Zum Zwecke der dauernden Behauptung seiner Unabhängigkeit nach außen und zum Zwecke der Unverletzlichkeit seines Gebietes erklärt Österreich aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität. Österreich wird diese mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen. (2) Österreich wird zur Sicherung dieser Zwecke in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiete nicht zulassen.

Artikel II: Mit der Vollziehung dieses Bundesverfassungsgesetzes ist die Bundesregierung betraut.

Beistandspflicht des Vertrags über die Europäische Union (EUV) vom 1. Dezember 2009:

Art 42 Abs 7 EUV: (7) Im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats schulden die anderen Mitgliedstaaten ihm alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung, im Einklang mit Art 51 der Charta der Vereinten Nationen. Dies lässt den besonderen Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedstaaten unberührt.





# Theorie

*Toter Soldat*  
Josef Scharl, 1944

Gerhard Schlüsselberger

# Die Selbstbefreiung des Volkes?

Wege aus der vermeintlichen Konvergenz der Krisen



Glaubt man den Einschätzungen der meisten politischen Beobachter und Kommentatoren, befindet sich Österreich derzeit in einer seit Ende des Zweiten Weltkrieges noch nie dagewesenen Krise, die scheinbar multiple Ursachen hat.

Zunächst könnte man auf die weltpolitische Lage verweisen, die es einem kleinen Land ohne nennenswerte Rohstoffe schwer macht, wirksame Gegenstrategien zu entwickeln. Auch wird es wohl eine Rolle spielen, dass die Nachwehen der vergangenen Krisen („Corona-Pandemie“, „Ukraine-Krieg“, „Energiekosten“, „Merit-Order-System“ usw.) nach wie vor spürbar und noch nicht vollständig verklungen sind. Schließlich hört man aus bestimmten politischen Kreisen das Mantra von der „Alternativlosigkeit“ jener Maßnahmen, die den österreichischen Steuerzahler viel Geld gekostet haben und angeblich dazu dienten, die Wirtschaft am Laufen und die Leute bei Laune zu halten.

Entgegen solchen Einschätzungen liegt aber die Vermutung aus Sicht des Autors viel näher, dass die meisten (wenn nicht alle) der derzeit akuten Störfälle auf eine gemeinsame Ursache zurückgeführt werden können, und zwar auf einen grundlegenden Mangel des politischen Systems selbst. Dieser Mangel tritt in den tagespolitischen Diskussionen symptomhaft dort zutage, wo die unterschiedlichen Lösungskonzepte für die anstehenden Probleme zwischen den „normalen“ Bürgern und den aktuell herrschenden Kreisen diametral auseinandergehen. Gebietet es der Hausverstand beispielsweise, den Fokus auf die Lösung der inländischen Schwie-

rigkeiten zu legen, werden von der Politik weitreichende Zusagen gemacht, um Ländern wie Syrien oder der Ukraine finanziell unter die Arme zu greifen. Erscheint es angezeigt, weite Bereiche der Wirtschaft zu deregulieren, beispielsweise um der kriselnden Bau- und Immobilienwirtschaft neuen Auftrieb zu geben, werden stattdessen Mietpreisdeckelungen eingeführt, um auch noch in die spärlich vorhandenen Reste des freien Marktes einzugreifen.

Diese Gegenüberstellungen ließen sich noch beliebig fortsetzen, doch geht es im Kern der Sache um etwas Anderes, nämlich um nichts weniger als das demokratische Prinzip unserer Verfassung: *„Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.“* Dieser Satz aus Artikel 1 unserer Verfassung legt nahe, dass am Ende des Tages das Volk als Souverän das Heft in der Hand behält und die grundlegenden Leitlinien der politischen Entwicklung vorgeben kann. Selbst wenn man annehmen mag, dass dies in der Vergangenheit einst der Fall war, scheinen diese Zeiten lange vorbei zu sein. Spätestens seit dem Beitritt zur damaligen EG im Jahr 1995 wird es dem interessierten Beobachter der politischen Landschaft immer klarer, dass die meisten (wenn nicht alle) wichtigen politischen Entscheidungen nicht mehr im Inland getroffen werden. Dafür wurden zu viele multilaterale Ver-



*Spätestens seit dem Beitritt zur damaligen EG im Jahr 1995 wird es dem interessierten Beobachter der politischen Landschaft immer klarer, dass die meisten (wenn nicht alle) wichtigen politischen Entscheidung nicht mehr im Inland getroffen werden.*



pflichtungen eingegangen, zu viele internationale Verträge geschlossen und infolgedessen zu viele staatliche Kompetenzen an inter- oder supranationale Organisationen abgegeben.

#### Der Sündenfall der Europapolitik

Um die gegenständliche Problematik anschaulicher zu machen, muss ein kurzer Abriss über die derzeitige Architektur der Rechtsordnung, vor allem im Hinblick auf die europarechtliche Komponente, gezeichnet werden: Wie allgemein bekannt ist, sind Verordnungen, Gesetze sowie die Regelungen der Verfassung die wesentlichen (aber nicht die einzigen) Elemente des juristischen Stufenbaus in Österreich. Innerhalb der Verfassung sind die höchstrangigen Elemente die Grundprinzipien, die man quasi als tragende Säulen der österreichischen Rechtsordnung verstehen kann, und die aus dem demokratischen, republikanischen, bundesstaatlichen, rechtsstaatlichen, gewaltenteilenden und liberalen Prinzip bestehen (sogenannte „Baugesetze“ der Bundesverfassung). Durch die Mitgliedschaft in der EU (vormals EG) ist Österreich Teil einer sogenannten „supranationalen“ Organisation geworden, die sich zunächst dadurch auszeichnet, dass sie auf Basis von völkerrechtlichen Verträgen zwischen Staaten entstanden ist.

Diese neue „supra“-rechtliche Qualität führt zu der Frage, ob es für das supranationale Recht auch Schranken gibt, beispielsweise einzelne Ver-

fassungsbestimmungen oder die österreichische Verfassung per se. Der europäische Gerichtshof (EuGH) hat allerdings bereits in den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts ausgesprochen, dass die gegenseitigen europarechtlichen Abkommen und Verpflichtungen in ihrer Gesamtheit als eine „neue Rechtsordnung des Völkerrechts“ zu betrachten sind, „deren Rechtssubjekte nicht nur die Mitgliedsstaaten, sondern auch die Einzelnen sind“. Mit anderen Worten ist es demnach nicht mehr notwendig, dass die Inhalte der völkerrechtlichen Verträge von den Staaten durch innerstaatliches Recht „übersetzt“ und anwendbar gemacht werden, vielmehr gelten diese unmittelbar, so wie etwa auch ein österreichisches Bundesgesetz von allen Bundesländern in direkter Form anzuwenden ist. Diese damals völlig neue Sichtweise hatte und hat weitreichende Konsequenzen: „Das Unionsrecht gilt daher neben dem staatlichen Recht und unabhängig von diesem. Es ist nach Maßgabe seiner eigenen Kriterien von den staatlichen Organen anzuwenden, ohne dass es dazu einer Transformation irgendwelcher Art in staatliches Recht bedürfe.“

Eine andere, noch bedeutendere Konsequenz ist der sogenannte „Anwendungsvorrang“ des EU-Rechts, der ebenfalls vom EuGH in richterlicher Rechtsfortbildung entwickelt wurde. Kurz zusammengefasst bedeutet er, dass widersprechendes österreichisches Recht durch EU-Recht zwar nicht aufgehoben, aber für unanwendbar erklärt wird und staatliche Organe es daher nicht mehr beachten



*Für Österreich kann gesagt werden, dass der VfGH ohne jede Begründung einen Vorrang des EU-Rechts auch gegenüber dem Bundesverfassungsrecht konstatiert hat. Einzig die oben schon genannten Grundprinzipien der Verfassung gehen den Rechtsakten der Union vor und bilden so die „Integrationssschranken“ in Österreich.*



dürfen. In weiterer Folge wurde der Anwendungsvorrang im Primärrecht, also den EU-Verträgen, verankert, zuletzt in der Schlussakte des Vertrages von Lissabon. Dabei erhebt sich die zentrale Frage, ob das EU-Recht auch Vorrang gegenüber innerstaatlichem Verfassungsrecht genießt. Dies kann nicht für alle Mitgliedsstaaten gleichermaßen beantwortet werden, da es einerseits von der jeweiligen Verfassung und andererseits davon abhängt, wie weit sich diese dem EU-Recht „geöffnet“ hat. So hat beispielsweise das deutsche BVerfG über mehrere Verfahren hinweg Grenzen für den Anwendungsvorrang des EU-Rechts herausgearbeitet. Diese sollen zwar nur in krassen Ausnahmefällen greifen, etwa wenn EU-Rechtsakte gegen Grundrechte verstoßen würden oder wenn sich eine EU-Institution eine „Kompetenzüberschreitung“ erlauben würde (sogenannter „Ultra-vires-Akt“), doch immerhin wurden (irgendwelche) Grenzlinien gezogen.

Für Österreich kann gesagt werden, dass der VfGH ohne jede Begründung einen Vorrang des EU-Rechts auch gegenüber dem Bundesverfassungsrecht konstatiert hat. Einzig die oben schon genannten Grundprinzipien der Verfassung gehen den Rechtsakten der Union vor und bilden so die „Integrationssschranken“ in Österreich. Darüber hinaus soll an dieser Stelle auch auf Artikel 4 des Vertrages über die Europäische Union (EUV) hingewiesen werden, der zwar ein „Achtungsgebot“ der verfassungsmäßigen Strukturen der Mitgliedsstaaten vorsieht, jedoch nicht als Garantie missverstanden werden darf. Er lautet: *„Die Union achtet die Gleichheit der Mitgliedstaaten vor den Verträgen*

*und ihre jeweilige nationale Identität, die in ihren grundlegenden politischen und verfassungsmäßigen Strukturen einschließlich der regionalen und lokalen Selbstverwaltung zum Ausdruck kommt.“* Auch wenn der EuGH verfassungsrechtliche Eigenheiten der Mitgliedstaaten, zum Beispiel Staatssymbole wie Wappen und Hymne, immer wieder als schützens- und beachtenswert eingestuft hat, ist dem Unionsrecht das Konzept eines (wie auch immer gearteten) integrationsfesten Verfassungskerns fremd.

·  
Quo vadis, Austria?  
·

Um das bisher Gesagte kurz zusammen zu fassen: Richterliche Rechtsfortbildung (nicht aber ein Akt der demokratisch legitimierten Rechtsetzung!), das konkrete So-Sein der österreichischen Verfassung und das Versäumnis der Politik zum Zeitpunkt des Beitritts, verfassungsrechtliche Schranken zu setzen, stellen das hier gemeinte Defizit des politischen Systems dar. Die Folgen dieses Mangels sind Legion, man denke nur an den Versuch der schwarz-blauen Regierung unter Kurz und Strache, die Familienbeihilfe für nicht in Österreich lebende Kinder zu indexieren. Die dahinterstehende Überlegung war damals, dass die Höhe der österreichischen Familienbeihilfe an den österreichischen Lebenserhaltungskosten orientiert ist und daher an jene Eltern weniger ausbezahlt werden soll, die zwar österreichische Familienbeihilfe beziehen dürfen, mit ihren Kindern jedoch in einem Land mit geringeren Lebenserhaltungskosten leben. Gegen die



Wappen am Dach des Wiener Stephansdomes



*Der Ausbau der direkten (unmittelbaren)  
Demokratie würde zweifellos eine Gesamtänderung  
der bestehenden Verfassung bedeuten,*



Umsetzung dieses Vorhabens leitete die EU-Kommission im Jahr 2020 ein Vertragsverletzungsverfahren ein und bekam vom EuGH vollinhaltlich recht, da es sich um eine „mittelbare Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit“ handeln würde. Auch zum Teil deutlich abweichende Preisniveau- und daraus folgende Kaufkraftunterschiede zwischen den Mitgliedstaaten würden laut



Grenzstein Österreich-Deutschland, Warth

EuGH keine Leistungsunterschiede rechtfertigen, weshalb Österreich schlussendlich über 300 Millionen Euro an vorerst zurückbehaltener Familienbeihilfe nachzahlen musste.

Letzten Endes nützt es jetzt nichts mehr, sich darüber zu beklagen, dass es Österreich damals im Zuge der Beitrittsverhandlungen unterlassen hat, verfassungsrechtliche Integrationschranken vorzusehen oder bestimmte Politikbereiche aus dem Zuständigkeitsbereich der EU auszunehmen (wie es beispielsweise Dänemark oder das mittlerweile aus der EU ausgetretene Großbritannien gemacht haben). Oftmals wird in der politischen Debatte auch argumentiert, dass man gegen den Vorrang des EU-Rechts nichts machen könne, es bliebe nur ein Austritt aus der EU, den aber ob der zahlreichen, vor allem wirtschaftlichen Vorteile (Stichwort: Binnenmarkt und Wegfall der Binnenzölle etc.) niemand wollen könne. Dabei wäre der hier angesprochene Mangel des politischen Systems behebbar, ohne die Mitgliedschaft in der EU grundsätzlich

in Frage zu stellen. Vielmehr ist es das Ziel des noch auszuführenden Vorschlags, Österreich als einen selbstbewussten Staat, der nicht nur die Interessen seines Staatsvolkes mit Nachdruck wahrnimmt, sondern der es darüber hinaus zulässt, dass seine Staatsbürger in verantwortungsvoller Weise ein Mehr an direkter Demokratie leben, zu begreifen.

Denn die aktuelle Ausgestaltung des demokratischen Prinzips definiert Österreich als eine repräsentativ-parlamentarische Demokratie, was heißt, dass die jeweils im Parlament vertretenen Parteien den Großteil der rechtsetzenden Macht auf sich vereinen. Insofern muss das Staatsvolk nach wie vor darauf hoffen, dass die Parteien seine Bedürfnisse nicht nur zeitgerecht erkennen, sondern darüber hinaus auch die richtigen Gesetze verabschieden.

Auf Basis der Erfahrungen allein der letzten zehn Jahre kann man diese Hoffnung getrost fahren lassen. Daher braucht es einen umfassenden Ausbau der direkten (unmittelbaren) Demokratie, um es dem Staatsvolk mittels Volksabstimmungen zu ermöglichen, die Entscheidungen über wichtige und weitreichende politische Fragen selbst in die Wege leiten, treffen und verantworten zu können. Denn warum soll es nicht auch in Österreich möglich sein, dass jedes Halbjahr über eine wichtige Frage zuerst umfassend diskutiert, im Parlament gestritten und dann endgültig und auf verfassungsmäßig höchst-



*Wichtig wäre es auch, dem Volk selbst ohne die  
Zwischenschaltung des Parlaments die Möglichkeit zu geben,  
derartige Volksabstimmungen anstoßen zu können.*



ter Ebene entschieden wird? Wer wollte dem österreichischen Wahlvolk, bestehend aus mündigen, volljährigen Bürgern, die Kinder zeugen, Schulden machen, Auto fahren und im Kriegsfall für ihr Land sterben dürfen, verweigern, die wichtigsten und weitreichendsten Entscheidungen, für die sie als vielgelittener Steuerzahler auch schon bisher finanziell geradestehen mussten,



Grenzstein mit österreichischem Wappen

zu treffen? Der Ausbau der direkten (unmittelbaren) Demokratie würde zweifellos eine Gesamtänderung der bestehenden Verfassung bedeuten, daher sollte man diese Gelegenheit nutzen, um klarzustellen, dass jene Entscheidungen, die durch eine zukünftige Volksabstimmung herbeigeführt werden, auch jedem EU-Rechtsakt vorgehen und durch keine Maßnahme einer EU-Institution abgeschwächt, aufgehoben oder derogiert werden können. Wichtig wäre es auch, dem Volk selbst ohne die Zwischenschaltung des Parlaments die Möglichkeit zu geben, derartige Volksabstimmungen anstoßen zu können. Insgesamt würde man damit erreichen, dass die gewählten Politiker endlich die ultimative Ausrede gegenüber den europäischen Kollegen, anderen internationalen Organisationen usw. an die

Hand bekämen. Denn nicht man selbst, sondern das Volk höchstpersönlich hat entschieden, und nun ist man „leider“ dazu verdammt, den Willen des Souveräns einfach umzusetzen. Die Zeit der gegenseitigen Schuldzuweisungen, Ausreden, Anklagen, Verleumdungen etc. wäre vorbei. Kaum vorstellbar, was das für die politische Kultur in diesem Land bedeuten würde...

Um nun an den Ausgangspunkt dieses Artikels zurückzukehren: Die Selbstbefreiung des Volkes ist unter den gegebenen Bedingungen der Verfassung nur möglich, wenn die Parlamentarier „mitspielen“ und ein entsprechendes, verfassungsänderndes Gesetz samt nachfolgender Volksabstimmung auf den Weg bringen. Man mag aus heutiger Sicht bezweifeln, dass es in absehbarer Zeit tatsächlich dazu kommen wird. Doch ist einerseits davon auszugehen, dass die allgemeine Zufriedenheit mit dem Berufsstand des repräsentativen Politikers weiter sinken wird. Und andererseits hat das Volk vor Kurzem bewiesen, dass es durch den mehr oder weniger „sanften Druck der Straße“ in der Lage ist, auf einen Gesinnungswandel unter den Volksvertretern hinzuwirken.

<sup>1</sup> Siehe dazu u.a.: *Verfassungsrecht*, Theo Öhlinger, Harald Eberhard, 13. Auflage, Verlag Facultas, Wien, 2022, 54ff.

<sup>2</sup> Zitate in diesem Absatz aus: *EU-Recht und staatliches Recht*, Theo Öhlinger, Harald Eberhard, Michael Potacs, 8. Auflage,

Verlag LexisNexis, Wien, 2023, 59f.

<sup>3</sup> Anregungen zu diesem Abschnitt aus: *Der Anwendungsvorrang des Unionsrechts vor nationalem Recht*, Fachdossier, Parlament Österreich, 21.07.2022, abgerufen am 01.04.2025.

Jörg Mayer

# Globalismus, Solipsismus und Infantilisierung

Über das fragwürdige Erbe der zu guten Zeiten



Wie sind wir hier gelandet? Hier, an jenem historischen Punkt, an dem jeder empfinden muss, dass die Zeit doch ganz aus den Fugen geraten ist? Ein kluger Mensch hat vor einigen Jahren zu mir gemeint: Betrachte einmal, was du als Kind, als Jugendlicher, auf dem Gymnasium gelernt hast! Was waren die Botschaften, was war der Zeitgeist unter deinen Lehrern, deinen Professorinnen? Was war der Inhalt der Projektarbeiten und was die Vision einer besseren Welt damals? Erinnerung dich und du wirst all die linken und grünen Lebenswelten finden, die uns heute ganz umgeben...

Indem er so redete, sprach er von den späten 1990ern und frühen 2000ern – von jener Zeitspanne zwischen EU-Beitritt und Fußball-Sommermärchen also, die trotz dem *War on Terror* (der sowieso am anderen Ende der Welt geführt wurde) und trotz *Dotcom* (einem gehörigen Warnschuss auf den Aktienmärkten) wie ein Goldenes Zeitalter erinnert werden kann. Es herrschte die Aufbruchstimmung der Jahrtausendwende, ein letzter Optimismus angesichts einer offenstehenden Welt und ungekannter Möglichkeiten, um die Menschheit demokratisiert zusammenwachsen zu lassen. Im Grunde würde sich schon alles finden, das war das dominierende Gefühl.

Was wurde der jungen Generation, den „Millennials“, damals vonseiten der älteren Generation, den „Babyboomern“, auf ihren Lebensweg mitgegeben? Da war zuerst einmal das Gefühl der ökonomischen Sicherheit durch einen bereits seit Jahrzehnten stabilen Wohlstand. Die sozialen Unterschiede waren so groß nicht, und wo ein hohes Elterneinkommen den Heranwachsenden nicht den Weg ebnete, sprang ein starker Sozialstaat gerne ein. Mieterschutz, Arbeiterschutz, Konsumentenschutz, Gesundheitswesen, Polizeiwesen, Bildungswesen, alles funktionierte eben. Über alles konnte man sich be-

klagen, selbstverständlich, und permanent fanden sich Reformnöte, aber bei allem war doch die Empörung leitend, dass es eben jetzt noch nicht besser war, als es schon sein könnte, verbunden mit der Erwartung, dass man das hoffentlich nun bald einmal ändern werde.

Alles drängte nach Fortschritt. So sah auch der Schulunterricht aus, durch den Generationen an Zöglingen nun gehen sollten: Im Deutschunterricht löste sich der alte Kanon auf. Ja, man las zwar noch die Klassiker, aber mehr so im Vorbeigehen. Plötzlich nahm man alternative Werke (wie *Die neuen Leiden des jungen W.* von Ulrich Plenzdorf u.a.) durch, vermöge derer man beruhigten Gewissens auf die Originale zu verzichten können glaubte. Man gab sich cool, indem man den Schülern zuwinkerte, Wolf Haas sei ein köstlicher Geheimtipp (was auch zutraf). Als ich zu meiner Deutschlehrerin einmal meinte, Richard Wagner sei aktuell das Letzte in meinem alphabetisch geordneten Bücherregal, meinte sie lachend: Das Letzte sei er tatsächlich! (Allerdings kam kurz darauf Frank Wedekind dazu mit *Frühlings Erwachen*). Kurzum: Es war ein riesiger Spaß alles.

Das Erlernen von Fremdsprachen in einer zusammenrückenden Welt aber war das Wichtigste



*Das wirklich Charakteristische war das Fehlen von nationalen, konservativen, reaktionären und identitären Elementen in diesem Amalgam.*



und rangierte weit vor der Muttersprache. Auch die fremdsprachlichen Schulbücher behandelten moderne, „lebensnahe“ Themen, sodass man die englischen, spanischen und französischen Wörter für „drogenabhängig“ früher kannte als für z.B. „verheiratet“. Überhaupt drängte sich der Eindruck auf, dass es nicht nur zum guten Ton gehörte, dass die Eltern sich scheiden ließen, denn das tat in dieser Generation plötzlich jedes zweite Elternpaar, sondern dass auch alle Jugendlichen automatisch drogenabhängig würden, sofern es in ihrem Dorf kein Jugendzentrum gäbe. Offenbar musste man als Jugendlicher besessen vom Großstadtleben sein, während das Land überall nur die reinste Fadesse abgebe. So lasen wir es!

In der Wirtschafts- und Sozialkunde durfte man sich besonders gesellschaftskritisch geben. Da zeigte sich, wie problematisch all die Firmen sind, die von Weißen geführt werden (damals sagte man das freilich noch nicht so explizit), und wie sehr die braunen und schwarzen Völker am internationalen Handel leiden (was ja so halb stimmte). Windkraft und Solarenergie galten als die Zukunft, saubere Flüsse und Wälder als wichtige Ziele jugendlichen Engagements (die gute alte Zeit, als die Grünen noch grün waren). Hier brach eine Landromantik noch einmal durch, bei der sich die Verantwortung für den ganzen Planeten mit realem Heimatschutz vor Ort verband.

Der Geschichts-Unterricht problematisierte dann den Nationalismus und die Industrialisierung im 19. Jahrhundert. Gewisse marxistische Denkmuster wurden gerne einmal noch weit hinter Marie An-

toinette (den Kuchen, meine Damen, warum essen sie ihn nicht?) bis in die Römerzeit zurückprojiziert, indem man auch die Ständekämpfe ahistorisch als Auseinandersetzung zwischen den „reichen Patriziern“ und den „armen Plebejern“ visualisierte (oben schmausen die Satten, unten darben die Hungernden). Die Kreuzzugsbewegung war natürlich schlecht und brutal, die islamische Hochkultur dagegen poetisch und tolerant. Die Aufklärung war famos, weil es gegen das Christentum ging, das ja alle Menschen seit jeher dumm gehalten hat. Die Verbrechen von Jakobinern und Kommunisten wurden tendenziell übergangen. Am 1. Weltkrieg war Deutschland schuld, wer sonst? Und Gott sei Dank sind wir in der EU! (Für die damals geplante EU-Verfassung waren alle, in jedem Unterrichtsfach wurde sie irgendwann gepriesen.)

Genug davon einmal, man könnte die Weltbilder, mit denen die „Babyboomer“ die „Millennials“ aufgezogen haben, freilich noch wesentlich genauer analysieren, aber der schnelle Eindruck mag genügen, um den Schluss zu ziehen: Es handelte sich bei alledem um kein monolithisches Weltbild, keine wirkliche Ideologie, sondern zig Versatzstücke aus liberalen, zentristischen, progressiven, sozialdemokratischen, marxistischen, anti-imperialistischen, grün-alternativen und anarcho-libertären Weltanschauungen flossen da zusammen in ein buntes Potpourri von lauter Quasi-Selbstverständlichkeiten, gegen die ja niemand etwas haben könne. Das wirklich Charakteristische war das Fehlen von nationalen, konservativen, reaktionären und identitären Elementen in diesem Amalgam.



*Man unterschrieb einfach alles.*



Nationale Identität wurde nicht anerzogen, wie es die Schule als Aufgabe hätte, sondern kollektiv aberzogen, und zwar sowohl der Stolz auf die eigene Herkunft und Kultur als auch überhaupt die Zugehörigkeit zu einer solchen. Ersetzt wurde sie durch das Individuum als Bezugspunkt für die freie Selbstverwirklichung und die Menschheit als jene Gesamtmenge an politischen Subjekten, durch deren gemeinschaftliche politische Stimme die Zukunft der Welt gestaltet werden sollte. Daher war es völlig logisch, dass alles, was das Individuum einschränkte in seiner Entfaltung, namentlich ein konservatives Konzept von Familie, aber auch nicht selbst initial gewählte Gruppenzugehörigkeiten wie etwa eine Religionsgemeinschaft, als Hindernisse gesehen wurden, die es aufzulösen galt. Umgekehrt galten auch die Nationalstaaten als Hindernisse für die zu bildende Weltgemeinschaft, weshalb praktisch jedes internationale Vertragskonstrukt, das den nationalen Gesetzgeber in seiner Freiheit band, und jede internationale Organisation, die in die Gesellschaften hineinwirken (um nicht zu sagen: -regieren) konnte, mit offenen Armen begrüßt wurde. Man unterschrieb einfach alles.

Es ist bemerkenswert, mit welcher Geschwindigkeit eine Generation ihre althergebrachten Loyalitäten gegen ganz neue austauschte und anstelle früherer Identitätsanker wie Gott, Kirche, Familie, Stadt, Volk usw. das Individuum selbst und die abstrakte Menschheit setzte, ergänzt vielleicht noch um den Planeten und die ökologische Umwelt von

Tieren und Pflanzen. Es war gewissermaßen eine Kindervision vom guten und schönen Leben, das hier die ernsteren und älteren Modelle beiseiteschob: In der Zukunft werden wir uns alle liebhaben und die Welt zu einem besseren Ort machen – alle gemeinsam! Dieses Welt- und Menschenbild wurde vom Kindergarten an über die Volksschule und das Gymnasium bis an die Universitäten zur humanen Zukunftsvision überhaupt, und als Feinde wurden jene karikiert, die dieser besseren Weltidee im Wege stehen.

Man kann darüber spotten, aber diese Infantilisierung in den Parametern, was das Leben lebenswert mache und worin das Ziel unseres wirkenden Seins bestehe, ist die vorherrschende Geisteshaltung unserer Tage – ungeachtet aller rechten Wahlerfolge, die den Kampf einer neuen Generation gegen dieses auseinanderfallende Modell, das in seiner grenzenlosen Naivität so viel kaputtgemacht hat, zeigen. Denn die Babyboomer sind die größte Wählergruppe und die Millennials wachsen gerade in die gesellschaftlichen Führungspositionen hinein. Und beide sind noch geprägt von diesen Weltbildern, die einen als ihre Erzeuger, die anderen, weil sie jene schon mit der Muttermilch mitbekommen haben.

Es liegt an den wenigen Kindern, die letztere noch haben, ein neues Paradigma durchzusetzen. Und es fällt ihnen damit die schwere Aufgabe zu, gleichzeitig mit dem eigenen Erwachsenwerden auch ihre Eltern und Großeltern in die politische Erwachsenenheit zu führen.

Florian Meilinger

# Die Abrechnung

Eine marxistische Kritik an der „Generation Pension“



In Zeiten, in denen eine Krise der nächsten folgt und scharfsinnige Denker bereits von einer „Konvergenz der Krisen“ sprechen, lässt sich ein Thema nicht mehr ignorieren: die Generation der Babyboomer. Nein, ich bin weder ein notorischer Nörgler noch ein Vertreter der sogenannten *Gen Z*. Doch die Auseinandersetzung mit dieser fleißigen, zugleich aber zutiefst egoistischen und in ihren Lebensmaximen hyperkapitalistischen Generation ist ernüchternd und unausweichlich.

Wie der sprichwörtliche „rosa Elefant“, an den man nicht denken soll und es doch tut, drängt sich die Frage auf: Wer sind diese Menschen, die bald in Scharen in die Pension gehen und unser fragiles, auf Wählerstimmen gestütztes System an den Rand des Kollapses bringen? Was treibt sie an, was sind ihre Motive – und haben sie je über etwas nachgedacht, das über ihren Privatbesitz hinausgeht? Diese „Entschlüsselung“ mag subjektiv sein, doch angesichts der drohenden Katastrophe lohnt es sich, sie zu wagen.

Ja, irgendwie müssen das früher wirklich tolle Zeiten gewesen sein, in denen nach objektiver und subjektiver Wahrnehmung jene Menschen die Welt prägten, die noch aufstrebend, revolutionär und vielleicht auch jung waren. Aber das ist vorbei – genauso vorbei wie die Hochzeit des Liberalismus, der real existierende Sozialismus, die zuletzt allzu inzestuösen Monarchien, die eigenen Zeiten des tagelangen Fußball-Manager-Zockens und der schier endlosen, meist betrunkenen Wochenenden. „Alles hat seine Zeit!“ Sicher, daran ist etwas Wahres. Selbst ein Bettler im antiken Rom würde mit genügend Alkohol auf diese Weisheit stoßen. Man kann schließlich wenig für seine Existenz und wir wissen

alle: Nicht nur wir formen die Umgebung, sondern die Umgebung formt auch uns. Weiß das auch „der Boomer“?

Zuallererst sollten wir klären, wer überhaupt ein Boomer ist. Laut Wikipedia sprechen wir von den 1946 bis 1964 Geborenen. Ich ziehe hier keine klare Grenze, doch für Europa trifft das nicht ganz zu. Anders als in den USA schwebten wir nach 1945 nicht sofort in wirtschaftlichem Wohlstand; die „Generation der Nachkriegskinder“ war noch eine andere als jene, die in den 1960ern zur Welt kam. Mein Fokus liegt daher auf der Gruppe, die in Kürze ihr Dasein als „doppelt freie Lohnarbeiter“ beendet und sich in die Pension verabschiedet. Mit ihnen habe ich persönlich am meisten zu tun und, wie bereits erwähnt, betrifft ihr Abschied unser Volk in den nächsten Jahren ohnehin am meisten. Aus marxistischer Sicht könnte man sagen, dass diese Boomer (oder zumindest die, die ich im Blick habe) eine Generation sind, die vom Aufbau des Nachkriegskapitalismus profitiert hat: Wirtschaftswunder, stabile Arbeitsverhältnisse, Immobilienboom, soziale Sicherheit. Sie haben das System mitgestaltet und wurden dafür belohnt, aber jetzt, wo sie in die Pension gehen, gerät es ins Wanken. Die Sorge um



*Sie haben als Lohnarbeiter funktioniert, aber  
nie den Sprung zur kollektiven Verantwortung geschafft,  
die über ihre eigene Lebenszeit hinausgeht.*



das „instabile Pensionssystem“ ist dabei nicht neu – Ökonomen und Soziologen warnen seit Jahrzehnten vor dieser „Vergreisungskrise“. Doch ich gebe dem Ganzen eine moralische Dimension: Ist diese Generation einfach zu selbstbezogen, um das große Ganze zu sehen? Ihre Motive scheinen oft auf Individualismus und Konsum reduziert – ein Haus, ein Auto, eine sichere Rente –, während die Solidarität auf der Strecke bleibt.

Vielleicht war das nie anders zu erwarten in einer Zeit, die den liberalen Individualismus zur Tugend erhob. Doch genau das macht sie für mich so faszinierend und frustrierend zugleich: Sie haben als Lohnarbeiter funktioniert, aber nie den Sprung zur kollektiven Verantwortung geschafft, die über ihre eigene Lebenszeit hinausgeht. Manche könnten einwenden, dass die Boomer hart gearbeitet, Steuern gezahlt und die Grundlage für unseren Wohlstand geschaffen haben – sind sie also wirklich egoistisch oder einfach nur Produkte ihrer Zeit? Eine berechtigte Frage. Aber die Konsequenz bleibt: Ihr Abgang könnte das System, das sie mit aufgebaut haben, wieder zum Einsturz bringen. Und genau hier liegt die Verbindung zur „Konvergenz der Krisen“ – eine perfekte Sturmfront, die sie vielleicht nicht verursacht, aber auch nicht verhindert haben.

#### Die Dialektik des Boomer-Versagens

Die Abrechnung wäre nicht komplett, wenn wir nicht in die Widersprüche dieser Generation eintauchten – Widersprüche, die sich in ihrer außenpolitischen Weltvergessenheit, ihrer fahrlässigen

Migrationstoleranz, ihrem verkürzten Arbeitsbegriff, ihrem konservativen Desinteresse an Umweltagenden und ihrem hedonistischen Opfer der Geburtenrate zeigen. Hier zeigt sich die marxistische Dialektik in voller Pracht: These, Antithese und eine Synthese, die nie erreicht wurde, weil der Boomer sich lieber im Wohlstand suhlte, als die historische Aufgabe zu Ende zu denken. Antonio Gramsci würde hier von kultureller Hegemonie sprechen: Die Boomer haben die Ideologie des Kapitals nicht nur geschluckt, sondern sie zur unangefochtenen Norm erhoben. Und der Klassenkampf? Er lauert in jedem ihrer Fehlritte, denn sie waren keine bloßen Opfer des Systems – sie waren seine Komplizen.

1. Westbindung über Nationalstaat: Die Boomer entschieden sich für einen Rückzug von der Außenpolitik und gegen den Nationalstaat. Ihre These: Die Westbindung sichert Wohlstand und Stabilität. Die Antithese, d.h. ein starker Nationalstaat, wurde als rückwärtsgewandt abgelehnt. Sie wollten keine Wurzeln, sondern Rendite. Die Synthese, eine europäische Identität jenseits der US-Hegemonie, blieb aus, weil sie nie den Willen hatten, die kulturelle Hegemonie der USA herauszufordern. Im Klassenkampf waren sie die Lakaien des Managerialismus und haben die Interessen der globalen Kapitaleiten über die der heimischen Arbeiterklasse gestellt und uns an eine Weltordnung gekettet, die nur den Globalisten dient.

2. Massenmigration: Aus rechter Sicht ein unverzeihlicher Fehler, erscheint sie aus traditionell marxistischer noch schlimmer. Ihre These: Migranten sind nützliche Arbeitskräfte, die den Wirtschaftsmo-



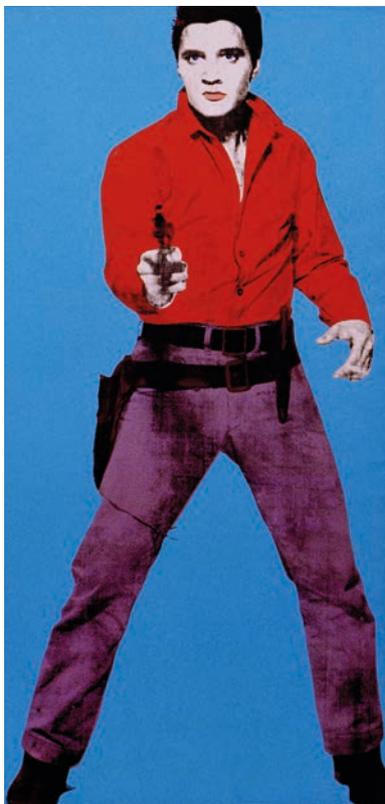
Werbesujet für Damenmode,  
Frankreich, 1970er Jahre



*Die These: Kinder passen nicht zu Karriere und Konsum.  
Die Antithese: Kinder sind die Grundlage jeder  
Zukunft, ein Akt der Kontinuität.*



tor stützen. Die Antithese: Migration bedroht die kulturelle und nationale Kohärenz, zerfrisst die Identität und destabilisiert das Gemeinwesen – und, aus marxistischer Sicht wichtiger noch, sie spaltet die Arbeiterklasse. Für den Boomer war das zweit-rangig: Man sah zwar die Lohn-konkurrenz, nicht aber die ethno-kulturelle Gefahr, und ignorierte, wie Migration die Solidarität der einheimischen Proletarier unter-minierte. Die Managerelite rieb sich die Hände: *Divide et impera*, während die Boomer die Drecksarbeit machten. Die Synthese – eine kontrollierte Migration, die weder Kultur noch Klasseneinheit opfert – war ihnen zu kompliziert. Ergebnis? Eine fragmentierte Gesellschaft, in der die Arbeiterklas-se sich gegenseitig bekämpft.



*Elvis I and II (Ausschnitt), Andy Warhol, 1964*

3. Arbeit gleich Lohnarbeit: Die Boomer verstanden unter Arbeit nie etwas anderes als Lohnarbeit. Ihre These: Arbeit ist das, wofür du bezahlt wirst – Ende der Diskussion. Die Antithese, Arbeit als Selbstverwirklichung oder kollektiver Akt der Befreiung, kam ihnen nicht in den Sinn. Im Klassenkampf haben sie hier versagt; statt die Lohnklaverei zu bekämpfen, haben sie sie glorifiziert und sich selbst als brave Rädchen im Getriebe positioniert. Eine Synthese, welche die Arbeit vom Joch des Kapitals befreit, lag außerhalb ihrer Vorstellungskraft.

Wir erben nun eine Welt, in der die Arbeiterklasse prekär und dem Staat entfremdet ist.

4. Umweltpolitik: Für die Boomer ist Umweltpolitik ein Hype, kein strategisches Handlungsfeld. Ihre These: Die Natur ist robust und Fortschritt bedeutet Wachstum, nicht Askese. Die Antithese, dass der Wandel des Lebensraumes reale Opfer fordert und Ressourcen zerstört, wurde als Panikmache abgetan. Konservativ betrachtet hätte man die Verantwortung für Mutter Erde ernst nehmen können, anstatt alles dem Markt zu überlassen. Doch im Klassenkampf zeigte sich wieder dasselbe Gesicht: Man hat die Hegemonie der Raffkes geschluckt. Die Synthese und damit ein nachhaltiges System war nicht durchsetzbar.

5. Geburtenrate und Hedonismus: Die These: Kinder passen nicht zu Karriere und Konsum. Die Antithese: Kinder sind die Grundlage jeder Zukunft, ein Akt der Kontinuität. Die Boomer wählten den All-Inclusive-Urlaub anstelle des Kinderzimmers – die kulturelle Hegemonie des Individualismus siegte über jede Verantwortung. Im Klassenkampf ein doppelter Verrat: Sie haben nicht nur die nächste Generation geschwächt, sondern auch die demografische Basis für den Widerstand gegen das Kapital untergraben. Eine Synthese zwischen Genuss und



*Und vielleicht ist das, was Klassenkampf heute heißen kann: gegen das Boomerhafte in uns allen einzutreten.*



Pflicht war ihnen zu anstrengend. Jetzt haben wir eine schrumpfende Bevölkerung und ein Pensionssystem am Abgrund.

So stehen wir also da, zwischen den Trümmern ihrer Entscheidungen. Die Boomer haben den Kapitalismus nicht nur bedient, sondern ihn als Klasse aktiv gestützt: die Nation verkauft, die Kultur verwässert, die Arbeiterklasse gespalten und die Zukunft verspielt, alles im Namen ihres Wohlstands. Ihre Dialektik endete in einem Widerspruch, den sie nicht aufgelöst haben, weil sie zu beschäftigt damit waren, selbst Bourgeoisie zu leben und die Proletarier im Stich zu lassen. Antonio Gramsci hätte es nicht besser satirisch zusammenfassen können: Die Alten zerstören die Welt, bevor die Jungen sie retten können.



Gartenzwerge in Wien-Ottakring

Werden wir alle zu Boomern?

Aber halt, bevor wir den Finger zu hoch recken: Was, wenn wir alle irgendwann zu Boomern werden? Nicht die Jahrgänge entscheiden vielleicht, nein, sondern die Haltung gibt den Ausschlag – der Moment, in dem der Traum, Cowboy zu sein, endgültig passé ist und der Rasen doch irgendwann von jedem gemäht wird. Die These ist bitter: Der Kapitalismus frisst uns alle und die Rebellion der Jugend

ist nur eine Phase, bevor die kulturelle Hegemonie, die Antonio Gramsci so treffend seziert, uns einholt. Die Antithese? Dass wir widerstehen könnten und dass wir die Ketten sprengen. Doch die Synthese bleibt offen (oder vielleicht ist sie gar nicht existent), denn am Ende des Tages siegt die Schwerkraft des Systems über die Romantik des Aufbegehrens.

Du bist jung, träumst von der Prärie, vom freien Leben jenseits der Lohnarbeit, vom Kampf. Aber dann kommt die erste Miete, der erste Job, das erste Auto – und plötzlich stehst du da, mit der Heckenschere in der Hand, und fragst dich, wann der Nachbar endlich seinen Hund ruhigstellt. Die Boomer waren auch mal jung, auch mal Rebellen. Die 1968er hatten Plakate, wir haben immerhin Memes. Doch das System ist ein geduldiger Jäger: Es wartet, bis die Knie weich werden und der Rasen ruft. Ist das ihr Vermächtnis oder unsere Schwäche? Vielleicht beides.

Und vielleicht ist das, was Klassenkampf heute heißen kann: gegen das Boomerhafte in uns allen einzutreten – gegen die Versuchung, aufzugeben, sich einzurichten, den Sattel gegen den Liegestuhl zu tauschen. Und während wir sie noch verfluchen, mähen wir schon unseren eigenen Rasen – ironisch, oder? Prost, auf die unvermeidliche Kapitulation!

Annika Stahn

# Von Boomern und Millenials

Eine kurze Generationenkunde



Er ist ein roter Faden, der sich durch die Menschheitsgeschichte windet: der Konflikt zwischen den Generationen. Die Jungen fühlen sich von den Alten unverstanden, die Alten bemängeln den Verlust von Werten bei den Jungen. Eigentlich ist also auch heute alles so wie immer, nur dass der Unterschied zwischen den Generationen sich drastisch vertieft hat: In nur 100 Jahren hat sich die Welt so sehr verändert, dass die Menschen mit der eigenen Entwicklung kaum hinterherkommen.

Diese 100 Jahre haben grosso modo fünf Generationen hervorgebracht, die unterschiedlicher kaum sein könnten und nicht nur in der Soziologie, sondern auch in der Popkultur gerne nach dem folgenden Schema aufgeschlüsselt werden:

The Silent Generation  
(1928-1945)

Der Zweite Weltkrieg und die anschließende Nachkriegszeit prägten maßgeblich die Werte der „stillen“ Generation. Lange Phasen von Unsicherheit und Entbehrungen, von Mangel, Traumata und Kriegsverlusten ließen das Streben nach Sicherheit und Stabilität sowohl im kleinen Familienkreis als auch im großen politischen Rahmen wachsen. Die Menschen waren erschöpft von den vergangenen Jahren und sehnten sich nach einem Neuanfang. Diese Generation „schweigt“, da sie sich infolge des Krieges politisch angepasst hat, und versucht den neuen Frieden um jeden Preis zu bewahren. Werte wie Pflichtbewusstsein, Bescheidenheit und Sparsamkeit werden hochgehalten. Man ist fleißig, schätzt die Familie und bemüht sich darum, den Kindern

eine bessere Zukunft aufzubauen. In diesen Zeiten gibt es keinen Platz für Aufrührer und Rebellen, die möglicherweise neue Konflikte vom Zaun brechen. Es ist die Generation, die das Land wiederaufbaut.

Die Baby Boomer  
(1946-1964)

Aufschwung in der Nachkriegszeit! Man arbeitet am Wirtschaftswunder und erlangt allgemeinen Wohlstand. So wird die Arbeitsethik zum höchsten Gut erhoben. Wer nicht fleißig ist und es im Beruf zu nichts bringt, erringt kein soziales Ansehen. Der Firma, in der man sein Arbeitsleben beginnt, bleibt man für gewöhnlich bis zur Pensionierung treu. Lebenslange Arbeitsverträge, gute Gehälter, hohe Pensionen, die Möglichkeit sich ein gutes und bequemes Leben, eine Familie und einen angenehmen Ruhestand zu erwirtschaften, all das prägt. Baby Boomer kaufen Häuser, bekommen Kinder und machen Urlaub im Ausland. Fernsehgeräte und öffentlich-rechtliche Sender dienen im wohlverdienten Feierabend zur Unterhaltung und zum Entspannen unter Dauerberieselung. Auch politische Willensbildung geschieht nun nicht mehr



*Lebenslange Arbeitsverträge, gute Gehälter, hohe Pensionen,  
die Möglichkeit sich ein gutes und bequemes Leben, eine Familie  
und einen angenehmen Ruhestand zu erwirtschaften, all das prägt.*



ausschließlich mit den klassischen Printmedien. Nachrichtensendungen, Talkshows und Debatten werden im Fernsehen übertragen. Man informiert sich und wird politischer.

Die Generation-X  
(1965-1980)

Obwohl die Gen-X das Ende des Kalten Krieges und die Aufbruchstimmung der 1990er-Jahre prägend miterlebt, wächst sie auch in einer Zeit auf, die von starken wirtschaftlichen Umbrüchen und sozialen Neuerungen geprägt ist. Der Drang nach finanzieller Absicherung ist stark, das Arbeitsethos bleibt nach wie vor hoch, aber eine gewisse Desillusionierung macht sich bemerkbar. Familie und Beruf sollen unter einen Hut gebracht werden, was vor allem den Frauen viel abverlangt, während der Drang nach persönlicher Freiheit zumal bei Männern zu einer gelockerten Sexualmoral und zum Konsum von Pornografie führt, dem hauptsächlich Inhalt des frühen Internets. Liberalere Lebensmuster werden allgegenwärtig, auch wenn man formal oft noch an den Traditionen festhält. Generell scheint die Gen-X von einer großen inneren



*Die Lebensalter der Arbeiter, Léon Frédéric  
1895-1897, linker Flügel des Triptychons*

Varietät geprägt. Konsum, aber auch Gesundheit sind wichtige Themen, und bei allem herrscht ein gewisser Pragmatismus vor.

Die Millennials,  
auch Generation-Y  
(1981-1996)

Aufwachsen ohne existenzbedrohende Sorgen und der Wechsel ins Internetzeitalter prägen diese Generation. Die Millennials wachsen sowohl analog als auch digital auf. Mit ihnen beginnt das Informationszeitalter, die dauernde Erreichbarkeit durch Mobiltelefone und Echtzeitkommunikation durch SMS, Chatrooms und soziale Medien. Anders als in ihrer Elterngeneration stehen Fleiß und Überstunden nicht mehr an erster Stelle. Work-Life-Balance, Selbstfindung und Selbstverwirklichung sind die erklärten Ziele, die Ergebnisse werden durch Fotos, Videos und Blog-Posts geteilt. Das „Y“ bzw. „Why?“ steht auch für eine gewissen Orientierungslosigkeit. Die Frage nach dem „Warum bin ich hier? Wer oder was will ich sein?“ ist für die Millennials kaum zu beantworten. Ein Leben lang beim selben Arbeitgeber angestellt zu sein ist nicht mehr vorstellbar, stattdessen gibt es nun



*Die Familienplanung kann warten!  
Stattdessen Welt- und Selbstfindungsreisen,  
Urlaube ans andere Ende der Welt.*



Karrierewechsel, Weiterbildungen, Praktika und Zeitverträge. Um herauszufinden, welche Karriere einen möglicherweise erfüllt und glücklich macht, nimmt man sich Zeit bis in die Dreißiger. Die Familienplanung kann warten! Stattdessen Welt- und Selbstfindungsreisen, Urlaube ans andere Ende der Welt. Das Motto ist: „Collect memories, not things!“ Finanzkrisen, sinkende Löhne, steigende Lebenshaltungskosten und Unsicherheit im Arbeitsmarkt sorgen dafür, dass man sich gut überlegt, wofür man sein Geld ausgeben möchte – am liebsten für sich selbst und den eigenen Komfort im Kleinen. Eigene Immobilien sind für die meisten nicht finanzierbar, Sparen lohnt sich nicht mehr. Was man verdient, gibt man aus. Statt Kinder zu bekommen legt man sich Pflanzen und Haustiere zu, alles eben mit etwas weniger „Commitment“.

#### Die Generation-Z (1997-2012)

Die erste Generation, die keine Welt ohne Internet und Social Media kennt, ist die Gen-Z. Man ist immer und überall erreichbar, man teilt sein



*Die Lebensalter der Arbeiter, Léon Frédéric  
1895–1897, rechter Flügel des Triptychons*

ganzes Leben mit dem Internet, Informationen sind dauerhaft und von jedem Standpunkt aus abrufbar. Ein erheblicher Anteil der Jugendlichen hat als Berufswunsch, „Influencer“ zu werden. Lineares Fernsehen und Printmedien sind längst abgelöst durch Streaming-Dienste und die Startseite auf „X“. Angehörige der Gen-Z wachsen auf mit der Corona-Krise, mit Kriegshandlungen auf europäischem Boden, Klimapanik und zahllosen Narrativen über vermeintliche Diskriminierungen, die an jeder Ecke lauern. Es geht online um Diversität, Nachhaltigkeit und mentale Gesundheit. Der überbordende Konsum von Sozialen Medien kommt für diese Gene-

ration auch mit all ihren Schattenseiten: Vereinsamung, Konzentrationsschwäche, Dopaminsucht und das ständige Vergleichen mit anderen hinterlassen Spuren. Dabei liegt es an der Gen-Z, die Baby Boomer, die scharenweise in den Ruhestand treten, nun auf dem Arbeitsmarkt und in anderen sozialen Kontexten zu ersetzen – eine allzu große Aufgabe angesichts der schieren Zahl der Baby Boomer und ein Umbruch, der sicher noch für manche kleinere Revolution sorgen wird...

# Die Verschiebung der Fronten

Von Annika Stahn



Fanden Konflikte bisher in der Regel zwischen der Generation der Eltern und ihren eigenen Kindern aus der jeweils nächsten Generation statt, bietet sich uns, wenn wir die einzelnen Generationen aus der vorangegangenen Auflistung mit dem jeweiligen Durchschnittsalter der Eltern bei Geburt ihrer Kinder in Bezug setzen, heute ein anderes Bild. Denn die Silent Generation etwa bekam noch viele Kinder und zwar bereits in den eigenen Zwanzigern. Man heiratete früh, entsprechend früh kam auch der Nachwuchs, es entstand also wie in den Jahrhunderten zuvor der klassische Konflikt zwischen Eltern und Kindern. Die Boomer und erst recht die Gen-X brachen dies jedoch auf, indem sie weniger und sehr viel später Kinder bekamen, sie sind also nicht nur die Eltern der Millennials, sondern auch die Eltern der Gen-Z.

Nun sind es diese letzten beiden Generationen, die beide bereits durch die rapide Weiterentwicklung der Technologie sehr unterschiedlich aufgewachsen sind, die sich ihrerseits von der Generation der Baby Boomer und der Generation-X abgrenzen. Besonders in Sachen Arbeitsmoral ist der Bruch immer wieder zu beobachten: „Arbeiten muss man hart und lange!“ steht hier als Paradigma gegen die „Work-Life-Balance“ und den Anspruch, dass auch ein Arbeitgeber etwas bieten muss. Während die Baby Boomer viel Wert auf Leistung (und ihr Gehalt) legen, wollen sich bereits die Millennials im Job vor allem selbstverwirklichen.

Die schnelle Entwicklung des Internets und der Sozialen Medien hat viele Baby Boomer auf der Strecke gelassen. Es herrscht die Einstellung „Frü-

her ging es ja auch ohne“ versus „Heute geht es eben nicht mehr ohne“. Egal ob Arbeit, Schule, Uni oder Privatleben, ohne Internet, Social Media und Dating-Plattformen ist ein normales Leben mittlerweile fast unvorstellbar. Das höchste der Gefühle ist für viele Baby Boomer die Plattform Facebook, von der sich Millennials bereits vor Jahren verabschiedet haben, von wo aus sie nach „X“ und Instagram umgezogen sind. Ein schwieriges Thema ist in diesem Zusammenhang aber auch der Verlust der deutschen Sprache: Die Menge an Anglizismen, die durch Internetkultur geprägte Ausdrucksweise und gegenderte Sprachmuster erfüllen die Elterngeneration mitunter mit Entsetzen.

So sehr nun aber auch intergenerationale Konflikte in der heutigen Gesellschaft zu gewissen Spannungen führen, so schnell könnte dies in den kommenden Jahren ein Ende nehmen. Noch haben die Baby Boomer zwar die politische Entscheidungsgewalt durch ihre bloße Menge in der Hand. In bereits absehbarer Zeit wird diese Generation aber verschwinden – und damit eine große Zahl der österreichischen Bevölkerung. Und wer dann die Mehrheit im Land stellt, ist längst vorherzusehen. Wir täten als Gesellschaft gut daran, rechtzeitig für einen besseren Dialog zwischen diesen Generationen zu sorgen und mehr Verständnis für die jeweils anderen aufzubringen. Sonst sehen wir uns bald einer Masse an Menschen gegenüber, deren Vorstellungen tatsächlich so weit von all den unseren abweichen, dass keiner mehr wirklich zufrieden mit dem Ergebnis sein kann.



# Praxis

Kleiderkammer mit Uniformen  
in der Berliner Julius-Leber-Kaserne

Bruno Wolters

## Armee ohne Volk?

Die Bundesrepublik und ihr  
gestörtes Verhältnis zur Wehrhaftigkeit



Das Spannungsfeld zwischen Bürger und Soldat hat eine lange Geschichte. Während frühere Gesellschaften das Militär als integralen Bestandteil des Staatswesens sahen, ist die Bundesrepublik von ihrer Armee so entfremdet wie kaum eine Nation Europas. Was sagt die Sonderrolle Deutschlands über seine Zukunftsfähigkeit aus?

*Ihr Verhältnis zum Staat ist in der Mehrzahl interessiert kühl, auch wenn die Ereignisse unter der studentischen Jugend eine radikale Aktivierung des politischen Engagements bewirkt haben. Sie sind mit der Demokratie einverstanden. Aber nur selten haben sie nähere, ihre tätige Mitverantwortung nährenden Kenntnisse. Sie wissen gar nicht, auf welchen Wegen sie tätig mitverantwortlich werden können.“* – Diese Zeilen klingen brandaktuell, wurden aber bereits vor mehr als einem halben Jahrhundert über das Verhältnis der deutschen Jugend zu Staat, Militär und Demokratie zu Papier gebracht.

◆

*In vielen Bereichen war und ist die Bundesrepublik  
das Einhorn in der Herde abendländischer Traditionen,  
so auch im militärischen Bereich.*

◆

Der Autor, zuletzt Brigadegeneral Heinrich „Heinz“ Karst, skizzierte in seinem Buch *Das Bild des Soldaten* (1964) die Unterschiede zwischen einem Zivilisten und einem Soldaten in Uniform. Als enger Mitarbeiter von Wolf Graf Baudissin war er maßgeblich an der Entwicklung und Durchsetzung der Idee des „Staatsbürgers in Uniform“ beteiligt, überwarf sich aber später mit seinem Vorgesetzten, da Karst an der Sonderrolle des Soldaten und traditionellen Werten wie Befehl und Gehorsam, aber auch an der Ehre des Offiziers festhalten wollte. Karsts Bestandsaufnahme des bundesdeutschen Umgangs mit seinen Soldaten in einer Zeit, die heute nicht selten als Blütezeit der „alten Republik“ verklärt wird, kann als reicher Fundus gelten: Seine Analyse der Entfremdung zwischen den Generationen, des fundamentalen Unverständnisses über die Andersartigkeit der Gesellschaft der Jungen im Gegensatz zur Erfahrungswelt der Alten, lässt an der Neuartigkeit der heutigen Debatten um die Wehrpflicht stark zweifeln.

Die große (von Karst nicht planbare) Leistung seines Buches besteht darin, dass seine Analysen auch nach Jahrzehnten kaum an Gültigkeit verloren haben. Ein Grund dafür ist seine sichere Kenntnis der Geschichte, die für ihn der Prüfstein für affektgeladene Thesen und Problemanalysen ist. Denn in vielen Bereichen war und ist die Bundesrepublik das Einhorn in der Herde abendländischer Traditionen, so auch im militärischen Bereich. Die Antike kannte die Einheit von Bürger und Soldat, von Politik und Militär. In Lykurgs Sparta bildete die Waffenfertigkeit der staatsgründenden Dorer die Grundlage der

gesamten Erziehung, die Knaben wurden mit dem vollendeten sechsten Lebensjahr den Eltern entzogen und bis ins Erwachsenenalter in einem täglichen Rhythmus körperlicher und geistiger Züchtigung zu den berühmten Soldatenbürgern erzogen, die gemeinhin als Sinnbild des Berufskriegers schlechthin gelten. Erst mit dem 30. Lebensjahr vollzog sich in der spartanischen Gesellschaft die Trennung der Männer in Berufssoldaten und Zivilisten, eine Trennung, die man sich nach jahrzehntelanger Kampferfahrung nur vage vorstellen kann. Auch in Athen kannte die Staatsordnung die Verbindung von soldatischen und staatsbürgerlichen Pflichten: Der Gesetzgeber Solon brachte der attischen Bevölkerung eine Ordnung, in der die bürgerlichen Rechte mit der Fähigkeit und Bereitschaft, dem Staat zu dienen, verknüpft waren. So war es nur folgerichtig, dass nach dem Sieg über die Perser und dem Aufstieg Athens zur regionalen Seemacht auch die unterste Schicht, die Theten, die sich als Tagelöhner und Ruderer verdingen mussten, ihren politischen Einfluss ausdehnte und die „Demokratisierung von unten“ vorantrieb.

Das europäische Mittelalter ist eine schwierige Epoche für die Untersuchung der Wechselbeziehungen zwischen Militär und Staat. Der Zerfall des Staates in den ehemaligen römischen Provinzen mit dem Rückzug des Imperiums ist unübersehbar, doch gründeten die europäischen Völker auf dessen Trümmern ihre Reiche – der Grundstein für die „Aufbruchszeit“ des Hochmittelalters, wie es der Mediävist Karl Bosl in *Europa im Aufbruch* (1980) anregend charakterisiert. Statt durch eine bis ins

◆

*Der fälschlicherweise dem preußischen Staat zugeschriebene  
Militarismus der Deutschen sorgte für eine weitgehende Entwaffnung,  
militärische Entmündigung und Abhängigkeit.*

◆

Detail rechtlich geregelte Staatsverfassung sei die vielgestaltige mittelalterliche Gesellschaft durch den Ordo-Gedanken, die „Gleichheit aller vor Gott“, zusammengehalten worden. Wie in der mediterranen Antike war auch im europäischen Mittelalter die Wehrfähigkeit stark an materiellen Besitz gebunden. Seit der Völkerwanderung bildete sich überall auf dem Kontinent ein Wehrstand heraus, der sich aus der Notwendigkeit der ständigen Verteidigung der bäuerlichen Landbevölkerung zu einer dynastischen Führungsschicht verfestigte. Der Ordensgedanke sorgte zumindest teilweise für eine Durchlässigkeit der Blutsschranken, indem er die Tugenden des Ritters am christlichen Glauben, den Wert des Kämpfers an seinen Taten und nicht an seiner Geburt maß. Mindestens ebenso wichtig im Gefüge der mittelalterlichen Kampftruppen waren jedoch die Städte, die ihre eigene Verteidigung regelten, während der Adel auf Söldnerheere zurückgreifen konnte. Auch sie entwickelten aufgrund ihrer selbst gewählten Waffengattung ein nicht unerhebliches Selbstbewusstsein, nicht zuletzt gegenüber den adeligen Rittern und Feudalherren, die nicht nur aufgrund ihrer Bewaffnung (fußläufiger Spießträger versus berittener Schwertkämpfer) als ihr Gegenüber erschienen.

Mit dem Ende des Mittelalters, der zunehmenden Verstaatlichung und der Verabsolutierung des Staatsgedankens zugunsten des Monarchen setzte ein Prozess ein, der sich bis ins 20. Jahrhundert zog. Die Armeen wurden größer, strukturierter und unabhängiger von Geburtsschranken, da sich die Erkenntnis durchsetzte, dass nicht Blut

und Abstammung, sondern militärisches Geschick die Schlachten entscheiden. Von den Schweizer Viererhaufen bis zur mit Musketen bewaffneten Linieninfanterie standen sich die Völker Europas in ungeahnter Zahl auf dem Schlachtfeld gegenüber. Die Französische Revolution brachte einen weiteren Faktor ins Spiel: Mit der Ausweitung der politischen Mitbestimmung und der Bürgerrechte auf alle Einwohner des französischen Staates hatte jeder einen Grund, für dessen Erhalt zu kämpfen, und die reaktionären Fürsten Europas boten ein hervorragendes Feindbild. Durch militärische und soziale Reformen konnte Deutschland, allen voran Preußen, mit dem napoleonischen Staat gleichziehen, Lützower Jäger und Schlesische Landwehr gegen die *Levée en masse*. Nicht ohne Grund führten Enttäuschung und Reaktion zu einer der größten Revolutionen der deutschen Geschichte, die maßgeblich von bürgerlich-demokratischen Kreisen getragen wurde und das gemeinsame Volksheer aller Deutschen als Kernforderung für den künftigen Nationalstaat formulierte.

Industrialisierung, Massenideologie und der totale Krieg der Weltkriege führten zu einem traurigen Höhepunkt der Idee der Bürgerbewaffnung: Im Volkssturm verbluteten die Ältesten und Jüngsten des deutschen Volkes noch in den Trümmern des Reiches, als der Kampf vielerorts längst verloren war. Der fälschlicherweise dem preußischen Staat zugeschriebene Militarismus der Deutschen sorgte für eine weitgehende Entwaffnung, militärische Entmündigung und Abhängigkeit Deutschlands von seinen neuen westlichen Verbündeten – ein



*Si vis pacem,...*



Bundeswehr-Feuerwehr-Ausrüstung in Masar-e Scharif, Afghanistan - ISAF, Camp Marmal

Zustand, der auch 70 Jahre nach Gründung der Bundeswehr fortbesteht und die Handlungs- und Verteidigungsfähigkeit der Berliner Republik nach wie vor stark einschränkt. Während die Bedrohungslage des Kalten Krieges anfangs noch die Wehrunwilligkeit der Deutschen überwog, konstatiert Heinrich Karst bereits 1969 in der dritten Auflage von *Das Bild des Soldaten*: „Kaltblütig und egoistisch, raffiniert oder manipuliert versuchen vor allem Abiturienten [...] dem Grundwehrdienst zu entrinnen, soweit nicht der unklare revolutionäre Anarchismus der Neuen Linken ihre Entscheidung präokkupiert.“

Seit der Aussetzung der Wehrpflicht im Jahr 2011 ist auch diese Hürde genommen, die Bundeswehr zu einem Arbeitgeber auf dem freien Markt degradiert, die Folgen sind bekannt. Am Ende dieser historischen Kette steht die Bundesrepublik ohne Bürger-

soldaten, dafür mit einer gut ausgebildeten, aber völlig unterbesetzten und unterversorgten Armee und einem gewaltigen Imageproblem da. Trotz des „Staatsbürgers in Uniform“ sind Militär und Gesellschaft so weit voneinander entfernt wie noch nie in der deutschen, vielleicht sogar in der europäischen Geschichte, und das ohne spartanische Zeltgemeinschaften oder den Rubikon als symbolische Grenze für militärische Einheiten auf dem Weg in die Hauptstadt unserer Nation. Letztlich stellt sich nicht die Frage nach der Notwendigkeit der Wehrpflicht, sondern nach der Wiederherstellung der Wehrbereitschaft, der Gesinnung, für das Gemeinwesen einzustehen und notfalls auch zu den Waffen zu greifen. *Si vis pacem, para bellum* („Wer den Frieden will, muss für den Krieg rüsten“) ist ein berühmtes Sprichwort, und doch ist damit meist (verkürzt) nur die materielle Aufrüstung gemeint, und



*...para bellum.*



Patronenhülsen bei Schiessübungen im Rahmen der Grundausbildung der Bundeswehr, Strausberg, Brandenburg

noch heute drängt sich der Eindruck auf, Deutschland könne allein mit Sonderfonds und einem Pflichtjahr seine Wehrfähigkeit revitalisieren – eine Idee, für die selbst die sonst so rüstungsfeindlichen Parteien „links der Mitte“ vorsichtige Begeisterung zeigen. Tatsächlich handelt es sich aber entweder um billige populistische Angstmache oder, was wahrscheinlicher ist, um ein völliges Unverständnis dafür, warum gerade junge Menschen für eine Gemeinschaft zur Waffe greifen. Eine wirklich militariserte Gesellschaft, wie sie die meiste Zeit unserer Geschichte die Norm war, braucht nicht nur Ausrüstung und hehre Ziele, sondern auch die Integration des militärischen Gedankens in den Alltag eines jeden Bürgers.

Es braucht weder den spartanischen Männerbund noch Wehrübungen für Schüler ab der Unterstufe, um mittelfristig den Verteidigungswillen der Deut-

schen (wieder) zu wecken. Die Wehrpflicht kann ein Schritt auf diesem Weg sein, aber nicht der einzige. Solange freiheitlich-rechte Positionen in den Streitkräften nicht nur ein Schattendasein fristen, sondern offensiv bekämpft werden, beraubt man sich nicht nur eines beachtlichen Rekrutierungspools, sondern auch der Möglichkeit, an Traditionen anzuknüpfen, die diesen Namen verdienen. Abseits ethnisch-kultureller Debatten wandelt insbesondere die deutsche Bundeswehr eher auf den Pfaden spätromischer Auxiliartruppen als auf denen der idealisierten Volksheere des 19. oder 20. Jahrhunderts oder der selbstbewussten Kampftruppen freier Stadtbürger. Die veränderte Sicherheitslage des 21. Jahrhunderts verlangt nach einer neuen Wehr-Idee für (post-)moderne Demokratien, aber man tut gut daran, den Blick auf die Geschichte nicht ganz zu verlieren.

Arnulf Helperstorfer

# Die Rückkehr der Söldner

Symptom einer veränderten Weltordnung



Am 31. März 2004 hängten irakische Aufständische die Leichen von vier US-Amerikanern an einer Brücke in Falludscha auf. Die grausamen Bilder erinnerten an ähnliche Geschehnisse in Somalia elf Jahre zuvor. Es besteht jedoch ein wesentlicher Unterschied: Die beiden in Mogadischu 1993 getöteten Amerikaner waren Mitglieder der regulären US-Streitkräfte; jene 2004 im Irak arbeiteten für den Militärdienstleister „Blackwater“ und waren damit nach herkömmlichen Sprachgebrauch Söldner.

Im Einsatz im Irak nach dem Dritten Golfkrieg 2003 stellten Söldner nach den US-Streitkräften das größte Kontingent. Söldner sind inzwischen weltweit in unzähligen Konflikten im Einsatz. Dieser grundlegende Paradigmenwechsel in der internationalen Kriegsführung ist ein deutliches Symptom einer sich rapide ändernden Weltordnung.

Um die Bedeutung des Söldnertums einzuordnen, ist ein kurzer historischer Rückblick hilfreich: Söldner sind auf Zeit gegen Sold angeworbene Kämpfer meist fremder Nationalität. Diese knappe Definition lässt weiten Interpretationsspielraum zu, sodass die Grenzen des Söldnertums seit jeher fließend sind. Der Einsatz von Söldnern und ganzen Söldnerheeren war in der Antike fester Bestandteil des Kriegswesens, verschwand im Europa der Völkerwanderungszeit jedoch zusehends. Die sich neuformierenden Gemeinwesen des frühen Mittelalters waren weder finanziell noch logistisch in der Lage, größere Kontingente fremder Truppen anzuwerben. Die Sicherheit als Kernaufgabe jedes Gemeinwesens wurde völlig dezentralisiert und auf einzelne Krieger vor Ort übertragen, die dem Landesherrn Kriegsfolge zu leisten und für die Sicherheit in ihrem Bereich zu sorgen hatten.

Die zunehmende Finanzkraft aufstrebender Körperschaften ermöglichte ausgehend von den frühkapitalistischen Verhältnissen auf der italienischen Halbinsel die Anwerbung von bezahlten Kämpfern. Militärtechnische Veränderungen, insbesondere die Etablierung der deutlich günstigeren Infanterie als dominierende Waffengattung statt der Kavallerie, führten nicht nur zu einer „Demokratisierung“ des Kriegswesens weg vom Adelsmonopol, sondern erhöhten auch die Anzahl der zur Verfügung stehenden Kämpfer drastisch. Es entstanden regelrechte Gewaltmärkte, beispielsweise in der Schweiz, Böhmen oder entlang des Rheins. Freitätige Kriegsunternehmer wie die Condottieri oder später die Landsknechtsführer organisierten das Kriegswesen für zahlungskräftige Auftraggeber.

Der Dreißigjährige Krieg markierte zugleich Höhe- als auch Endpunkt dieser Entwicklung. Mit dem sogenannten Westfälischen System der Staatenhoheit konnten die entstehenden Nationalstaaten ihr Gewaltmonopol durchsetzen und die Söldner verschwanden von den europäischen Schlachtfeldern. In den Kolonialgebieten und auf den Weltmeeren blieben freie Kriegsunternehmer jedoch weiterhin präsent, sei es als Söldner der unterschiedlichen

◆

*Die USA und ihre Verbündeten wollten sich keine kostspieligen und meist fragwürdigen Klientelstaaten in fernen Regionen mehr leisten, die Sowjetunion als Unterstützer fiel gänzlich aus. Die riesigen Armeen der einstigen Blöcke wurden drastisch reduziert.*



Handelskompagnien oder als Freibeuter. Das verdeutlicht, dass das Söldnerwesen in langen Phasen der Weltgeschichte eine große Rolle spielte und erst mit dem modernen, europäisch geprägten Staat an den Rand gedrängt wurde, ohne jemals ganz zu verschwinden. Viele Charakteristika des modernen Söldnertums, insbesondere die enge Verzahnung zwischen den Interessen der Machthaber, von Wirtschaftstreibenden und Kriegsunternehmern, manifestierten sich bereits in dieser Hochphase des Söldnertums.

#### Die Rückkehr des Söldnertums in der postkolonialen Ära

Die Kongokrise Anfang der 1960er-Jahre rückte das Söldnertum wieder in den Blick der Öffentlichkeit. Die überhastete und unvorbereitete Unabhängigkeit der ehemaligen belgischen Kolonie im Juli 1960 stürzte das riesige Land in die Anarchie, in deren Folge sich die südlichen Provinzen als „Staat Katanga“ abspalteten. Das rohstoffreiche Gebiet war von hohem Interesse für die belgische Minengesellschaft „Union Minière“, die Katanga finanziell unterstützte. Auf Druck der UNO mussten belgische Truppen, die ursprünglich den Staat militärisch beschützten, abziehen und wurden durch die einheimischen Katanga-Gendarmen sowie ein Kontingent an weißen Söldnern ersetzt. Verdeckte Hilfe erhielt Katanga durch Belgien und die USA, die an der Ausbeutung der Rohstoffe interessiert waren. Die Söldnertrup-

pen setzten sich Großteils aus Veteranen anderer Kolonialkriege sowie Bürgern aus dem weiß beherrschten südlichen Afrika (Südafrika, Rhodesien, Angola) zusammen und waren kampferfahren.

UN-Truppen zerschlugen den Staat bis 1963, Katanga wurde wieder in den Kongo eingegliedert. Ein Jahr später wurden dieselben Katanga-Söldner eingesetzt, um zur Niederschlagung der vom Ostblock geförderten Simba-Rebellion beizutragen. Eine der schillerndsten Söldnerführer dieser Zeit war der Franzose Bob Denard, der in verschiedenen Krisengebieten Afrikas und des Nahen Osten tätig war, meist im Auftrag oder zumindest unter Duldung des französischen Geheimdienstes.

Das Ende des Kalten Krieges brachte dann entgegen vieler Vorhersagen und Hoffnungen keineswegs eine friedlichere Weltordnung mit sich; viele neue Konfliktherde entstanden. Dabei handelte es sich meist um keine konventionellen Kriege, sondern um Bürgerkriege, sonstige innerstaatliche Konflikte und insgesamt gesehen „kleine Kriege“ oder asymmetrische Konflikte; teilweise erodierte die staatliche Autorität vollständig. Die USA und ihre Verbündeten wollten sich keine kostspieligen und meist fragwürdigen Klientelstaaten in fernen Regionen mehr leisten, die Sowjetunion als Unterstützer fiel gänzlich aus. Die riesigen Armeen der einstigen Blöcke wurden drastisch reduziert.

Damit war sowohl die Nachfrage nach als auch das Angebot an Waffen und freien Kämpfern, die diese bedienen konnten, gegeben. In den 1990er-

◆

*„Private Military Company“ (PMC) bezeichnet Söldnerunternehmen mit äußerst breitem Betätigungsfeld in allen militärischen und Sicherheitsbereichen.*

◆

Jahren entstanden dementsprechend viele der heute als „Private Military Company“ (PMC) bezeichneten Söldnerunternehmen mit äußerst breitem Betätigungsfeld in allen militärischen und Sicherheitsbereichen. Die Auftraggeber waren Regierungen stabiler Staaten, Unternehmen und Machthaber in Krisenregionen. Dies soll anhand zweier Beispiele verdeutlicht werden.

#### MPRI im Balkankrieg

Im ab 1991/92 eskalierenden Krieg im ehemaligen Jugoslawien sahen sich die USA in einem Dilemma: Einerseits nahm der Druck, angesichts zunehmender serbischer Kriegsverbrechen aktiver in das Geschehen einzugreifen, immer mehr zu. Andererseits war der Einsatz von Bodentruppen für die US-Führung nach dem Debakel in Somalia und wegen mangelnder öffentlicher Unterstützung in den USA selbst ausgeschlossen. Waffenlieferungen an Kroatien und Bosnien waren durch das UN-Embargo verboten und wurden von den europäischen Verbündeten ebenso abgelehnt wie ausgedehnte Luftschläge.

Die US-Führung entschied sich daher für einen indirekten, verdeckten Ansatz: Kroatien sollte ein militärisches Gegengewicht zu Serbien bilden und dieses so an den Verhandlungstisch zwingen. Bedingung für die amerikanische Unterstützung war ein Friedensschluss und ein kroatisches Bündnis mit den bosnischen Streitkräften, die sich seit 1993 bekämpften; dies wurde 1994 mit dem Abkommen von Washington erreicht. Ab diesem Zeitpunkt konnten die bosnischen Truppen mit Waffen aus dem Iran versorgt werden. Zur Unterstützung der Kroaten brachte die US-Administration die PMC MPRI ins Spiel. Die „Military Professional Resource Incorporated“ ist eine 1987 gegründete PMC bestehend aus

ehemaligen, hochrangigen US-Offizieren mit besten Verbindungen zum Pentagon. MPRI ist im Bereich Ausbildung und Strategie tätig, bewaffnete Einsätze werden nicht durchgeführt.

MPRI half bei der Reorganisation der kroatischen Streitkräfte und stellte wichtige Aufklärungsergebnisse zur Verfügung. Ob und inwieweit MPRI in die Aufrüstung und direkte Operationsplanung involviert war, ist umstritten. 1995 konnte die kroatische Armee in einem Blitzfeldzug die serbisch besetzte Krajina zurückerobern und erzielte danach gemeinsam mit den Bosniern Erfolge in Bosnien; erst knapp vor dem Verwaltungssitz der bosnischen Serben, Banja Luka, wurde die Offensive auf westlichen Druck gestoppt. Vor diesem Hintergrund und angesichts massiver westlicher Luftangriffe stimmten die Serben im Dezember 1995 dem Abkommen von Dayton zu, das den Krieg in Bosnien beendete. MPRI war danach weiter für die kroatischen und bosnischen Streitkräfte als Berater tätig.

#### EO und der Bürgerkrieg in Sierra Leone

1995 standen die Rebellen der „Revolutionary United Front“ (RUF) vor den Toren der Hauptstadt Sierra Leones, Freetown; die reguläre Armee war zu einem unzuverlässigen, plündernden Mob verkommen. Die Friedenstruppen der westafrikanischen Staatengemeinschaft ECOWAS verharrten untätig am Flughafen. In dieser Situation rief der Präsident Sierra Leones, Valentine Strasser, die südafrikanische PMC „Executive Outcomes“ zu Hilfe. EO war 1989 von Angehörigen südafrikanischer Spezialeinheiten gegründet worden und hatte 1992 einen erfolgreichen Einsatz in Angola im Kampf gegen UNITA-Rebellen geführt, mussten sich dann jedoch auf Druck der USA zurückziehen.



Weißer Söldnertruppen der Kongo-Armee  
während ihres Vormarsches auf Stanleyville, 1964

◆

*Global gesehen wird der Jahresumsatz der Söldnerunternehmen konservativ auf 250 Milliarden US-Dollar geschätzt.*

◆

Der Einsatz von EO kann als klassischer Söldnereinsatz bezeichnet werden. Das EO-Kontingent bestand aus 200 bis 300 Mann mit Bewaffnung, Kraftfahrzeugen, Schützenpanzern, Hubschraubern und zwei Flugzeugen. EO bildete zur Unterstützung statt der Armee Angehörige von Selbstverteidigungsmilizen aus und konnte die Rebellen innerhalb eines Jahres aus allen wichtigen Gebieten vertreiben. Insbesondere die Minen, aus deren Ertrag sich die RUF finanziert hatte, waren damit wieder unter Regierungskontrolle. Um EO bezahlen zu können, vergab Sierra Leone Minenkonzessionen an internationale Unternehmen, die im Gegenzug die Rechnung mit der PMC beglichen.

Nach dem Rückzug von EO flammte der Bürgerkrieg wieder auf; die RUF konnte im Verbund mit abtrünnigen Teilen der Armee eine kurzzeitige Schreckensherrschaft in Freetown errichten. Ab 1998 war die britische PMC „Sandline“ in Sierra Leone tätig, deren Einsatz von einem indischen Bankier finanziert wurde, der im Gegenzug Schürfrechte in Sierra Leone erhielt. Mit hoher Wahrscheinlichkeit war der Einsatz von „Sandline“ auch vom britischen Außenministerium gebilligt.

•

#### Milliardengeschäft Söldnertum

•

Den bisher größten Aufschwung erlebte das Söldnertum aber infolge der ab 2001 von den USA geführten Kriege sowie der ab den 2010er-Jahren sich insgesamt verschlechternden Sicherheitslage weltweit. Nicht schwächelnde Regierungen oder internationale Konzerne sind die größten Auftraggeber der PMCs, sondern die großen Mächte, angeführt von den USA. PMCs sind dabei in allen militärischen Bereichen tätig, von Logistik über Sicherungsaufgaben bis zur Cybersicherheit und der Bedienung

komplexer Waffensysteme; eigenständige Kampfeinsätze wie oben von EO beschrieben oder von der russischen „Wagner“-Gruppe in Syrien sind nur ein kleiner Teil des Aufgabenspektrums der unzähligen Unternehmen. Die US-Armee ist inzwischen ohne die Unterstützung von PMCs nicht mehr in der Lage, größere Einsätze wie in Afghanistan oder dem Irak durchzuführen. So wurde im Irak ein Großteil der Sicherung von Objekten, Personen und Transporten von PMCs übernommen. Global gesehen wird der Jahresumsatz der Söldnerunternehmen konservativ auf 250 Milliarden US-Dollar geschätzt.

Der Einsatz von PMCs bietet dabei grundsätzlich einige wichtige Vorteile gegenüber regulären Streitkräften. Er ist in der Regel schlicht günstiger für den Auftraggeber, da Söldnertruppen nur für die Dauer ihres Auftrages bezahlt werden müssen, während stehende Heere immer Geld kosten. Geht es um Kampfaufträge, sind sie deutlich flexibler, da sie ohne oftmals langwierige innerstaatliche Entscheidungsfindungsprozesse eingesetzt werden können. Zudem können so internationale Verwicklungen vermieden werden, da ja ein Privatunternehmen und nicht ein Staat selbst tätig wird. Dabei ist jedoch zu beachten, dass PMCs ohne zumindest die Duldung ihres Heimatstaates nicht tätig werden können; in den allermeisten Fällen vertreten sie auch die Interessen ihres Heimatstaates. Durch die enge personelle Verzahnung (vielfach sind die Mitarbeiter der PMCs ehemalige Armeeangehörige) sowie die Abhängigkeit von Staaten kann man wohl zutreffend von einem privatisierten militärischen Vorfeld sprechen.

Ein wichtiger psychologischer Vorteil ist die weitgehende Anonymität von Söldnern bei Todesfällen. Gefallene Söldner werden nicht in die Verluststatistik der Armee miteinbezogen; unter Miteinberechnung



Angolanischer Söldner, 1970er-Jahre

◆

*Ein Blick zurück in die Geschichte zeigt,  
dass das staatliche Gewaltmonopol, wie wir es kennen,  
eher die Ausnahme als die Regel war.*

◆

nung der Gefallenen von PMCs hätte sich beispielsweise die Verlustrate der USA in Afghanistan mehr als verdoppelt. Während sich Regierungen für tote Soldaten vor ihrer Bevölkerung rechtfertigen müssen, erregen tote Söldner kaum Aufsehen.

◆

**Der Aufstieg des Söldnertums:  
Symptom wofür?**

◆

Die Französische Revolution hatte die alten Trennlinien zwischen Armee und Volk aufgehoben und das Militär in die neue, bürgerliche Gesellschaft als Trägerin des modernen Nationalstaates integriert. Damit sollte sich der Gedanke, die Armee kämpfe als Teil des Staatsvolkes für dessen Interessen, durchsetzen. Der Söldner, ein durch Bezahlung motivierter Kämpfer, wurde zum Feindbild; die bereits vorher durch die absolutistischen Staaten erfolgte Einhegung des Militärischen, die völlige staatliche Monopolisierung der Gewalt, wurde ideell untermauert.

Der schnelle Aufstieg der Militärunternehmen, die nunmehr Mitarbeiter verschiedenster staatlicher Herkunft vereinen und grundsätzlich für zahlkräftige Kunden in den Kampf ziehen, ist eine grundsätzliche Umkehrung dieses Gedankens. In Regionen, in denen die europäisch-nationalstaatliche Organisationsform immer nur rein oberflächlich implementiert war und die wahren Loyalitäten seit jeher anderen Einrichtungen gelten, mag das angesichts der schwindenden Dominanz des von europäischen Denkmustern geprägten Westens wenig verwundern. Das Phänomen betrifft jedoch in immer größerem Ausmaß eben auch die westlichen Gesellschaften.

Die Auslagerung des Sicherheitsbereichs als wichtigstem Kernelement der Staatlichkeit lässt sich selbst in Staaten ohne PMCs oder nennenswerte globale Ambitionen im Kleinen feststellen. Man denke an die zahlreichen von öffentlichen Stellen an private Sicherheitsdienste vergebenen Aufgaben, um die Polizei zu entlasten.

Ebenso bedeutsam ist der Einsatz von PMCs durch nichtstaatliche Akteure wie Unternehmen, supranationale Organisationen wie die UNO oder sogar durch Nichtregierungsorganisationen, die diese zum Selbstschutz in Krisengebieten engagieren; selbst kriminelle Organisationen greifen seit den 1980er-Jahren auf Söldner zurück. Einzelne Beobachter sehen darin eine Rückkehr mittelalterlicher Verhältnisse in dem Sinne, dass bewaffnete Dienstleister von einer Vielzahl von Akteuren genutzt werden. Derartige Vergleiche mögen für die Staaten des Westens oder in Ostasien überzogen sein, in vielen anderen Teilen der Welt sind sie zutreffend. Nebenbei erwähnt haben die meisten Staaten Ostasiens, vor allem die Volksrepublik China, einen deutlich restriktiveren Zugang zu privaten Sicherheitsdienstleistern aller Art als der Westen.

Der Aufstieg des Söldnertums ist damit ein Symptom erodierender Staatlichkeit, wenngleich in sehr unterschiedlichem Ausmaß. Ein Blick zurück in die Geschichte zeigt, dass das staatliche Gewaltmonopol, wie wir es kennen, eher die Ausnahme als die Regel war. Insofern ist in Zukunft wohl mit einem weiteren Aufstieg privater Militär- und Sicherheitsdienstleister aller Art zu rechnen. Anders ausgedrückt: Die Söldner sind zurückgekommen, um zu bleiben.

# Eliten an die Front!

Von Heimo Lepuschitz



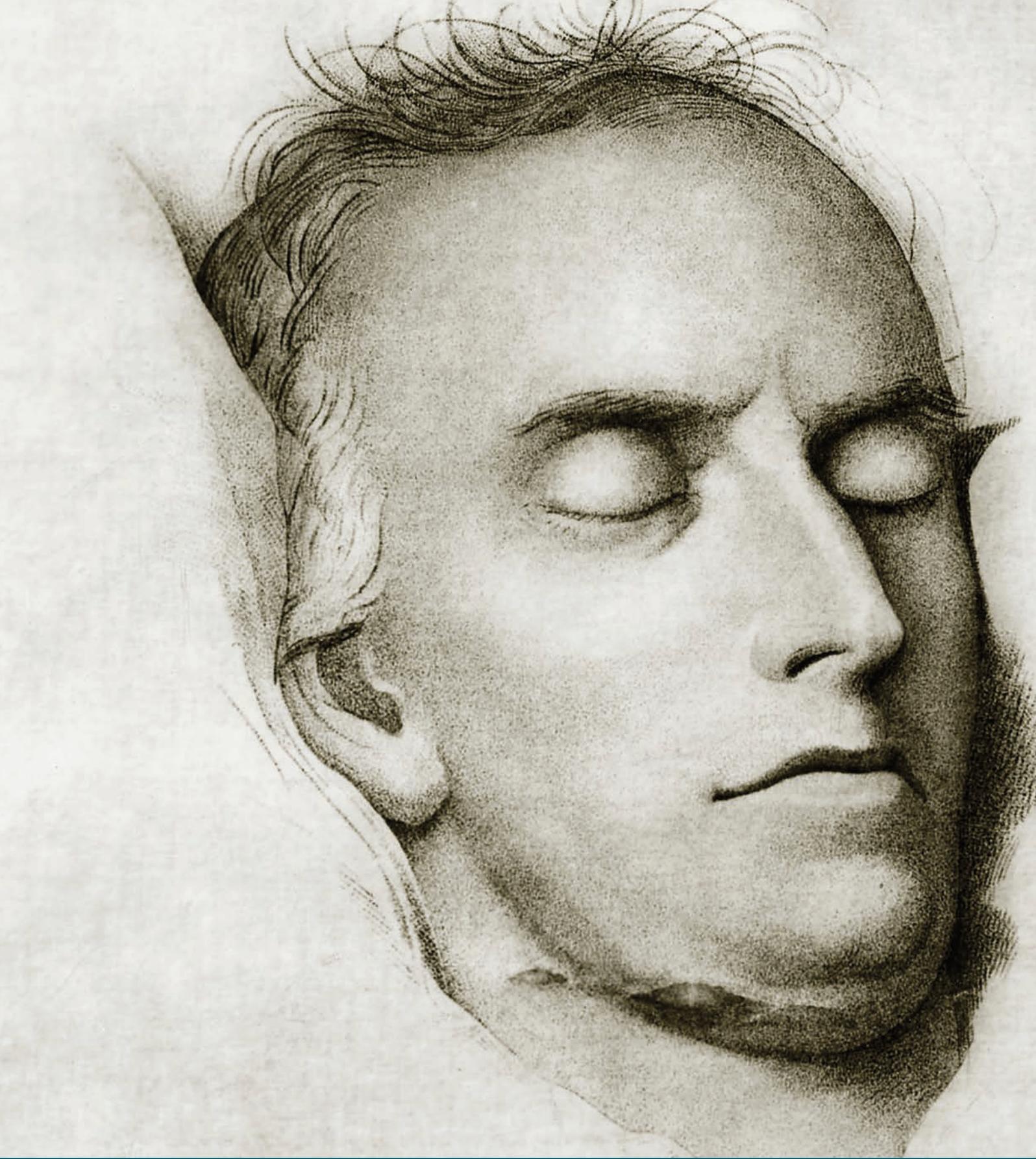
Am 26. Oktober 1955 hat Österreich „aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität“ beschlossen. Man werde diese „mit allen Mitteln aufrechterhalten und verteidigen. Österreich wird zur Sicherung dieser Zwecke keinen militärischen Bündnissen beitreten“, so lautet es im Neutralitätsgesetz. Die heute glühendsten Verteidiger der Neutralität, die Freiheitlichen, waren damals Gegner, haben 1955 als einzige Fraktion dagegen gestimmt und waren Ende der 1990er-Jahre sogar für einen NATO-Beitritt. Auch für den EU-Beitritt Österreichs bildete die FPÖ viele Jahre die Speerspitze der Befürworter. Warum also die heutige, massive Kritik an der Europäischen Integration und die kompromisslose Verteidigung der Neutralität? Versucht die FPÖ hier einfach auf der Welle der Mehrheitsmeinung wählertechnisch zu surfen – oder gibt es doch auch inhaltliche Gründe?

Fakt ist, dass die relativ einfache Welt der 1990er heute nicht mehr existiert. Die EU entwickelt sich zu einem Superstaat, der jedes Jahr seinen Mitgliedern ein wenig mehr an Souveränität raubt, ohne die Völker demokratisch um ihre Zustimmung zu bitten. Die NATO hat sich spätestens mit den Angriffskriegen der letzten Jahrzehnte, hier besonders mit der völkerrechtswidrigen Bombardierung Belgrads, von einer Verteidigungsunion zu einem Angriffsbündnis weiterentwickelt, das sein Territorium ohne Rücksicht auf Zusagen und Machtbalance ausweitet. Russlands verbrecherischer Angriffskrieg in der Ukraine wäre wohl nie ohne die NATO-Osterweiterung passiert. Gleichzeitig bringen der Aufstieg Chinas und der BRICS-Staaten die westliche Hegemonie an ihre Grenze.

Sich in unsicheren Zeiten auf eine neutrale Position zurückzuziehen, das rot-weiß-rote Erfolgsmodell der Jahrzehnte des Kalten Krieges wiederzubeleben, hätte Sinn. Niemand greift den Ort an, an dem man miteinander verhandeln kann wo auch die eigenen Finanzreserven sicher gelagert sind. Je mehr russisches oder sonstiges Fluchtkapital in Österreich ist, desto sicherer ist der neutrale Hafen in Mitteleuropa. Das ist das in zwei Weltkriegen maximalbewährte Prinzip Schweiz.

Doch Österreichs Regierung scheint von allen guten Geistern verlassen zu sein, drängt in die NATO, friert russische Gelder ein, verhängt Knieschuss-Sanktionen, finanziert indirekt Waffen, ergreift militärisch Partei. Hier führt eine selbsternannte politische Elite, aus massiv hinterfragbaren Interessen, Österreich in einen Konflikt, der nicht der unsere ist. Selbstverständlich kann man die Neutralität beenden, aber dann doch mit einer Volksabstimmung! Warum das die Einheitsparteien nicht machen? Weil sie wissen, dass ihnen das Volk eine demokratische Abfuhr erteilen würde, wie sie die Neutralitäts-Aushöler von ÖVP, SPÖ, Grün, Neos noch nie erlebt haben. Sie fürchten das Volk und gehen den hinterhältigen Weg der kleinen Schritte gegen Verfassung und Mehrheit.

Nur ein Gedanke zum Abschluss: Müssten Politiker, die Kriege beginnen, auch als Erste an die Front, würde die Welt heute in ewigem Frieden erblühen. Sterben dürfen immer nur die Armen, die Eliten richten es sich. Deshalb: Hände weg von unseren Kindern! Zurück zu einer echten Neutralität, zurück zum Verhandlungsort Österreich, zurück zum sicheren Wirtschaftshafen, zurück zu einer Politik für Land und Wohlstand. Weil: neutral ist nicht egal!



# Feuilleton

Schiller auf dem Totenbett;  
Ferdinand Jagemann, 1805

*Denn Er war unser! • Mag das stolze Wort*

*Judolfen schritt sein Geist*

Norbert Nemeth

# Das Volk, das ist ein schwankender Begriff

Zum Anlass des 220. Todestages Friedrich Schillers



Als die letzten Klänge der Ouvertüre in D-Dur von Johann Sebastian Bach verklungen, eröffnete der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Gebhard Müller, jene Gedenkfeier, die mit Bildern größter Eindringlichkeit im stürmischen Beifall enden sollte: Anlässlich des 150. Todestages von Friedrich Schiller hielt Thomas Mann eine Gedenkrede, die in die Literaturgeschichte Eingang gefunden hat.

oder waren es zwei Reden? Ein erstes Mal hielt er seinen *Versuch über Schiller* am 8. Mai 1955 im Großen Haus der Württemberger Staatstheater in Stuttgart, somit am Tage vor dem Todestag am 9. Mai. Ein zweites Mal kurz darauf am 14. Mai in Weimar. Somit erklangen seine Worte in der Bundesrepublik Deutschland ebenso wie in der Deutschen Demokratischen Republik. Thomas Manns Worte wurden durch das Radio in die Schweiz, nach Österreich und ganz Deutschland übertragen. Hernach fuhr er nach Weimar, wo ein regelrechter Schiller-Kult vonstättenging und er nicht minder triumphal empfangen wurde, wie er selbst notierte: „...triumphal, der große Deutsche, in den Dörfern Transparente, Kinder mit ihren Lehrern, Bürgermeister, Blumen über Blumen.“



„Da streiten sich die Deutschen,  
wer größer sei, Schiller oder ich.“



Und dennoch war es ein von seiner Zeit zutiefst Enttäuschter, der zunächst in Stuttgart vor sein Publikum trat, aus dem Exil zurückgekehrt in eine vom Kalten Krieg gezeichnete, geteilte Heimat. Befand Thomas Mann sich bloß in einem Intervall zwischen dem Zweiten und dem Dritten Weltkrieg? Diese Verzweiflung, die er als „Kulturschwund der unheimlichsten Art“ bezeichnete, mag für seine Sehnsucht nach einer Heilung kausal gewesen sein, deren Mittel er in Friedrich Schiller erblickte. Nicht anders sind seine einfühlsamen Worte zu verstehen, wenn er doziert, dass „*Schiller unserer kranken Zeit zum Seelenarzt werden könnte, wenn sie sich recht auf ihn besänne!*“. Auf ihn besänne! Drei Worte, aus denen sich eine Charakteristik der damaligen Zeit erschließt. Zum einen kritisiert Mann den Zustand der Deutschen Nachkriegsgesellschaft, „*einen Verlust an Bildung, Anstand, Rechtsgefühl, Treu und Glauben*“, zum anderen plagt ihn die Sorge, Schiller sei in Vergessenheit geraten. Eine Vergessenheit, die er durch die kulturelle Teilung Deutschlands beschleunigt sah, weswegen seine große Stuttgarter Rede denn auch „*ein politischer Appell, ein Aufruf, sich auf das Gemeinsame zu besinnen*“, war, wie Helmut Koopmann in seiner Analyse des *Versuch über Schiller* erklärt.

Ich will nicht am Beginn von Thomas Manns Rede beginnen, sondern einen Blick auf das Ende des rund 100 Seiten umfassenden Essays werfen. Hier konfrontiert Thomas Mann sein Publikum mit Begriffen, wie sie pathetischer nicht sein könnten. Von „Grablegung“ und „Auferstehung“ ist hier die Rede. Vergleicht er Schiller gar mit dem Heiland, wenn er sagt: „*Von seinem sanft-gewaltigen Willen gehe durch das Fest seiner Grablegung und Auferstehung etwas in uns ein: von seinem Willen zum Schönen, Wahren und Guten, zur Gesittung, zur inneren Freiheit, zur Kunst, zur Liebe, zum Frieden, zu rettender Ehrfurcht des Menschen vor sich selbst?*“ Schiller im Zentrum einer Zivilreligion? Als Erlöser? Oder haben wir es mit

der Verneigung eines Nobelpreisträgers für Literatur vor seinem Idol zu tun? In der *Schweren Stunde* beschrieb er die Qual des Literaten, den Kampf um die Form und um das Werk, die Überwindung, die es braucht, Großes entstehen zu lassen. Fühlte Thomas Mann sich Friedrich Schiller in einer ähnlichen Art und Weise verbunden wie Stefan Zweig einem Hölderlin oder Kleist, wie jener es in *Der Kampf mit dem Dämon* beschrieben hatte?

Wie auch immer, bemerkenswert ist jedenfalls, dass Thomas Mann seinen biographischen Bogen nicht von der Geburt Schillers bis zu dessen Tode spannt, sondern von der Grablegung bis zur Auferstehung. Damit gibt er der gesamten Rede genau jene transzendente Grundnote, die für Schillers Werke so maßgeblich ist. Dazwischen liegt nicht Schillers Leben, sondern dessen Werk, das ihn unsterblich gemacht hat. Und dennoch kommen die persönlichen Komponenten nicht zu kurz. Psychologisch einfühlsam beschreibt der Nobelpreisträger den zu Ehrenden: seine körperliche Größe, seinen schwäbelnden Dialekt, seinen Umgang mit der Krankheit, die ihn nur sechsundvierzig Jahre hat alt werden lassen. Und natürlich den Umgang mit Schillers Lebensmenschen Goethe, einem Verhältnis, das im Laufe der Zeit immer stärker zum Vorschein kam. Es war „*eine ebenso fruchtbare wie häufig schwierige Beziehung, die nicht selten auch durch Distanz geprägt war. Sie hätten sich im Wege sein können, die beiden Weimaraner, aber sie wurden Freunde und Goethe nach Schillers Tod gar dessen Bewunderer*“, schreibt Helmut Koopmann. Und was sagte Goethe selbst dazu? „*Da streiten sich die Deutschen, wer größer sei, Schiller oder ich. Froh sollten sie sein, dass sie zwei solche Kerle haben, über die sie streiten können.*“

Vor dem Hintergrund der von Thomas Mann festgehaltenen „*allgemeinen Verdummung und Verwahrlosung der Menschheit*“ – er sprach von der „*Nacht*



*Froh sollten sie sein, dass sie zwei solche Kerle haben,  
über die sie streiten können.“*



*von Unbildung und Erinnerungslosigkeit, die jetzt einfällt“* – verwarhte er sich gegen den Vorwurf des Eskapismus. Zu keiner Zeit hätte sich Schiller in eine Scheinwelt geflüchtet oder sei unzeitgemäß gewesen, ganz im Gegenteil. Schillers große Leistung sieht er darin, die Antinomien dieser Welt zu überwinden. Nie sei es ihm darum gegangen, der Wirklichkeit zu entfliehen. Schillers Werk kann ohne seine Auseinandersetzung mit der Französischen Revolution und Napoleon auch nicht verstanden werden. Dass er seine politische Philosophie in seinen Dramen in andere Zeiten versetzte, vermag daran nichts zu ändern, sondern beweist seinen universellen Anspruch. Mit den Worten des Nobelpreisträgers:

*„Arbeit am Geist der Nation, ihrer Moral und Bildung, ihrer seelischen Freiheit, ihrem intellektuellen Niveau, das sie in den Stand setzte, zu gewahren, dass andere, unter verschiedenen historischen Voraussetzungen, einem verschiedenen Ideensystem, einer anderen sozialen Gerechtsame Lebende, auch Menschen sind; Arbeit an der Menschheit, welcher man Anstand und Ordnung, Gerechtigkeit und Friede wünscht statt gegenseitiger Anschwärzung, verwilderter Lüge und speiendem Hass, – das ist nicht Flucht aus der Wirklichkeit ins Müßig-Schöne, es ist bewahrender Dienst am Leben, der Wille, es zu heilen von Angst und Hass durch seelische Befreiung.“*

Das sind jene Passagen, die Thomas Manns Rede zu einer seiner großen rhetorischen Glanzleistungen machten, wobei vor allem die Schlusspartie den großen Literaten hervorkehrt. Jenseits des Versuchs, die deutsche Teilung literarisch zu überwinden, ist es der Verweis auf 1859, der von Bedeutung ist: *„Als man, November 1859, seinen hundertsten Geburtstage beging, hob ein Sturm der Begeisterung einigend Deutschland auf. Damals bot sich, so heißt es, der Welt ein Schauspiel, das die Geschichte noch nicht kannte: das immer zerrissene deutsche Volk in geschlossener Einheit durch ihn, seinen Dichter.“* Die-

sem Schluss steht der Beginn von Thomas Manns Rede in nichts nach. Er beginnt mit Schillers Ende, seinem Begräbnis. Wir haben es nicht mit einem prunkvollen Staatsbegräbnis zu tun, sondern mit einer gespenstischen Szenerie, die eher an das Armenbegräbnis von Mozart erinnert als an das eines geadelten Hofrates.

Schweigend wurde Schillers Sarg durch die verlassenen Gassen Weimars getragen, bis der Totenacker erreicht war. Es stürmte und keine zwei Dutzend Männer waren zu mitternächtlicher Stunde zugegen. Es ist ein Bild großer Eindringlichkeit, das Thomas Mann vor das geistige Auge seiner Zuhörer wirft. Als historische Vorlage diente ihm die Beschreibung von Julius Schwabe aus dem Jahre 1852 (*Schillers Beerdigung und die Aufsuchung und Beisetzung seiner Gebeine, 1805, 1826, 1827. Nach Aktenstücken und authentischen Mitteilungen aus dem Nachlasse des Hofrats und ehemaligen Bürgermeisters von Weimar, Carl Leberecht Schwabe*). Manns Worten kann sich niemand entziehen, wenn er die beklemmende Szene vor dem sogenannten Kassen-gewölbe, in das man Schillers Sarg hinabgelassen hat, beschreibt:

*„So war die Nacht, die Mainacht vor hundert-fünfzig Jahren, als durch die schlummernden, wie ausgestorbenen Gassen Weimars, von der Esplanade, über den Markt und durch die Jakobs-gasse nach dem alten Kirchhof vor der Sankt Jakobskirche, Schillers sterbliche Hülle zu Grabe getragen wurde. Es gab kein schreckhaft mitternächtliches Läuten, das dumpf und schwer die Trauertöne schwellt. Die Glocken schwiegen. Es schwieg die Glocke seines das Menschenleben umspannenden Liedes, deren Trauerschläge einen Wanderer auf dem letzten Wege begleiten. Nichts hörte man als die schleppenden Tritte der Männer, die dann und wann ihre Last, die Bahre, den billig gezimmerten Sarg darauf, niedersetzten zu Rast und Ablösung. (...). So langte man an*



*Concordia soll ihr Name sein!*



*beim alten Friedhof, an dessen Mauer, gleich rechts vom Eingang, das sogenannte Kassengewölbe lehnte, ein kleines, altes, graues, fensterloses Gebäude mit spitzem, schwarzem Dach und einer Gitterpforte, die in das finstere, mit einer Falltür versehene Innere führte. (...) Hier traten der Totengräber und seine Gehilfen heran und übernahmen den Sarg, auf den einen Augenblick der Schein des aus eilenden Wolken tretenden und gleich sich wieder verbergenden Mondes fiel. (...) Kein milder Laut von Musik, kein Wort aus Priester- oder Freundesmund, von Kranzspenden und Lorbeer nichts. (...)*

So ging es mit Schillers Leichnam hinab in die gespenstische Gruft. Zum einen war der Ort nicht inadäquat, zum anderen hätte man sich einen würdigeren Abschied gewünscht. Aus den Quellen erfahren wir, dass *„...was die nächtliche Stunde betreffe, der Zustand der Leiche zur Eile getrieben habe... Sei dem wie immer: der Ort der Beisetzung war dem gesellschaftlichen Range des Verblichenen, des Herzoglich Meinigschen Hofrats von Schiller gemäß. Nur die Relikte vornehmer Personen, deren Familien kein eigenes Erbbegräbnis besaßen, nur Mitglieder der Weimarer Sozietät (...) waren im Kassengewölbe zugelassen.“* Und dennoch müssen die hygienischen Umstände skandalös gewesen sein. Der kleine Kreis der Teilnehmer und die ungewöhnliche Uhrzeit wird dem Verfall der Leiche zugeschrieben, denn die Sektion hatte ergeben, *„dass der linke Lungenflügel völlig zerstört, die Herzkammern verwachsen waren, die Leber verhärtet, die Gallenblase unnatürlich ausgedehnt, – kurz, dass eigentlich kein Organ mehr funktionsfähig war.“*

Nimmt man die Beschreibung der Gruft für bare Münze – und weit weg von der Realität werden Thomas Manns romanhafte Sätze nicht gewesen sein – drängt sich eine Mutmaßung auf, nämlich jene, dass Goethe, als er sich viele Jahre nach Schillers Tod dessen Schädel bringen ließ, irrtümlicherweise den Totenkopf einer anderen Person, zu welchem Zweck auch

immer, in Händen hielt. Thomas Mann kleidete den Zustand in der Gruft in plastische Worte. Sie könnten ebenso gut einem Geisterroman oder einer Gruselgeschichte entnommen sein: *„Es ging ausnehmend unästhetisch zu in seinem Schlunde. Feuchtigkeit drang durch Mauern und Boden, zermorschte rasch das Holz der darüber stehenden Särge und bewirkte ein solches Durcheinander der Auflösung, dass später, als summarische Auflösung bevorstand, die Pietät größte Mühe hatte, einen gewissen Schädel und dann das zugehörige Gebein, nicht vollständig und mit voller Sicherheit auch nicht, aus dem Wust der Vernichtung zu klauben.“*

Dass Thomas Mann seine Rede mit dieser „Auflösung“ beginnt, wird kein Zufall gewesen sein. Zwischen dem Materiellen und dem Irdischen auf der einen und der Überwindung der Materie und dem Transzendenten auf der anderen Seite verortet er jenes Energiefeld, aus dem die Schiller'sche Kunst entsprökte. Nicht anders kann es verstanden werden, wenn er von der „Schmach der Materie“ spricht oder die Künstleridee als *„Versöhnung unserer irdischen mit unserer höchsten Natur“* beschreibt. Sie bildet *„die Brücke zwischen Ideal und Leben, dass der schwebende Begriff des „Guten“ beiden Welten, der ästhetischen und der der moralischen, im Lobe angehört, und Schönheit und Wahrheit verschmelzen in der Kunst, der Erzieherin des Menschengeschlechts.“*

Dennoch kommt das Porträt des lebendigen Friedrich Schiller bei Thomas Mann nicht zu kurz, wenn er ihn als eine *„mit allen Merkmalen einmaligen Lebens geprägte Gestalt“* oder unter Berufung auf Goethe als großen, wunderlichen Menschen skizziert. Er rückt Schiller in ein sympathisches Licht, wenn er schreibt: *„...aber das Lächeln, das wir uns gelegentlich zu verbeißen haben vor Schiller'scher Grandiosität, gilt einem Ewig-Knabenhaften, das zu ihr gehört, dieser Lust am höheren Indianerspiel.“* Mit einem nie ganz erwachsen gewordenen Genie, das zeitlebens stark



*Concordia soll ihr Name sein*  
aus: Das Lied von der Glocke von Friedrich Schiller,  
illustriert in 17 Compositionen von Alexander von Liezen-Mayer



*Da die Götter menschlicher noch waren,  
waren die Menschen göttlicher.*



rauchte und ständig schwäbelte, haben wir es somit zu tun: „Aber ich schwör Ihne, es wird großen Effekt mache und dem Publico recht in die Seele schneiden!“ Was allerdings ebenso zu Schiller zählte, waren sein Charisma und seine diplomatischen Fähigkeiten. „Denn Schillers Anziehungskraft“, sagt Goethe, „war groß, er hielt alle fest, die sich ihm näherten.“

Über allen Charaktereigenschaften Schillers muss aber der unbedingte Wille, Großes zu schaffen, sich einer Totalidee zu opfern, gestanden haben. So etwas geht bei kaum jemandem ohne körperliche Spuren von dannen. Der Literaturnobelpreisträger Thomas Mann wird auch an seine eigenen Erfahrungen gedacht haben, wenn er Geburtswehen von Literatur von Weltformat beschrieb: „Schwere Stunden! Wie unterscheiden zwischen der Einwirkung üblen Wetters, der Körperschwäche und Müdigkeit unterm Druck des ewigen Schnupfens, des Katarrhfiebers, der Krampfschmerzen in Brust und Unterleib – und den Mängeln des Werkes selbst, das ihm oft genug als verfehltes Unternehmen, ein unglückseliges und der Verzweiflung geweihtes Vorhaben erscheinen wollte?“ Vor diesem Hintergrund versteht man, dass Schiller Stimulanzien nicht abgeneigt war. Tabak, Alkohol, Kaffee – das eine wie das andere wird sich unvorteilhaft auf seine Lungenschwindsucht ausgewirkt haben. Doch hatte sich Schiller mit der Krankheit längst arrangiert. Selbstschonung war seine Sache nicht, „weil er ohnedies seine Jahre als gezählt ansah und Weisheit und Lebensführung für ebenso unnütz wie ungenerös erachtete.“

Er ist aber nicht nur die Persönlichkeit Schillers, die die uneingeschränkte Bewunderung Manns begründete. Neben dem persönlichen Porträt ist es seine politische und philosophische Einordnung. Als überzeugten Freiheitsideologen, der am christlichen Ein-Gott-Glauben ebenso zweifelte wie am Mehrheitsprinzip als Mittel zur Erlangung einer besseren Gesellschaft, bezeichnet Thomas Mann Schiller, nicht ohne seine Einordnung durch die eine oder andere

Quelle zu untermauern: „Da die Götter menschlicher noch waren, waren die Menschen göttlicher“, heißt es an der einen Stelle. „Wenn sich die Völker selbst befreien, da kann die Wohlfahrt nicht gedeihn“, heißt es im *Lied von der Glocke*, das Thomas Mann an mehreren Stellen seines Essays anspricht. Für ihn ist es das „schlagendste Beispiel für diesen natürlichen Hang zur Großartigkeit“ Schillers, dessen Name „in Deutschland und über die Welt hin mit diesem Gedicht verknüpft“ ist. Gleichzeitig bedauert Thomas Mann, dass es noch nicht lange her ist, „dass Leute aus den einfachsten Volksschichten das Ganze auswendig konnten.“

Der pessimistische Befund passt ins Bild, wenn der Nobelpreisträger wiederum Schiller zitiert: „Volk, sagt er, sei ein schwankender Begriff. Unsere Welt sei die homerische nicht mehr, wo alle Glieder der Gesellschaft im Empfinden und Meinen ungefährdet dieselbe Stufe einnahmen. Jetzt sei zwischen der Auswahl (Elite) einer Nation und ihrer Masse ein sehr großer Abstand...“ Die Auseinandersetzung mit dem Wert oder dem Unwert des Volkswillens ist ein Beispiel, wie in Thomas Manns Essay persönliche Auffassung und historische Zitate verschwimmen und austauschbar werden: „Die Mehrheit ist der Unsinn“, zitiert er Schiller, um seiner eigenen Skepsis Raum zu geben, wonach „eine von Verdummung trunkene, verwahrloste Menschheit unterm Ausschreien technischer und sportlicher Sensationsrekorde ihrem schon gar nicht mehr ungewollten Untergange entgegen taumelt.“

An vielen Stellen im *Versuch über Schiller* fällt auf, dass Thomas Mann die Nähe zwischen Schiller und Goethe ganz besonders herausarbeitet: „Nun, das größte Königreich, das Schiller gewann, war Goethes Freundschaft...“, heißt es an der einen Stelle, an einer anderen ist von einer antipodischen Freundschaft, dem „berühmtesten aller geistigen Bündnisse“, die Rede. Wie später Rüdiger Safranski in seiner Schiller-



Goethe-Schiller-Denkmal vor dem Nationaltheater in Weimar  
Holzstich der Plastik von Ernst Rietschel, 1857



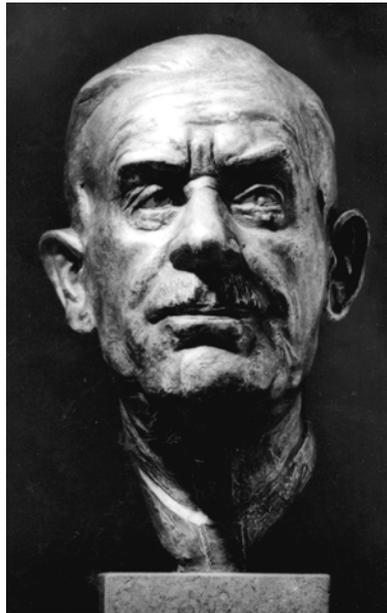
*Die Mehrheit ist der Unsinn.*



Biografie erwähnt auch Thomas Mann nicht, dass Schiller dezidiert „weder Illuminat noch Maurer“ gewesen war. Stattdessen betont er die Bedeutung des bekennenden Illuminaten und Freimaurers Goethe für Schiller. Haben wir es mit dem Versuch einer Vereinnahmung zu tun, mit dem Versuch, die Bedeutung Schillers für das politische Dritte Lager zu minimieren und jene für ein anderes überzubetonen? Weil Schiller zu groß ist, um ihn zu verschweigen; zu groß ist, um sein Werk zu manipulieren oder gar zu dekonstruieren?

Vieles spricht für den Versuch, im Spannungsfeld zwischen national und liberal die Parameter von der einen in die andere Richtung zu verschieben, Schiller dem Dritten Lager zu entfremden und ihn in die Reihen der Liberalen einzugliedern. Die zweite Rede Thomas Manns in Weimar könnte – bei aller Hochachtung, die aus ihm spricht – als symbolischer Akt in diese Richtung interpretiert werden. Wäre nicht Jena, Schillers akademische Wirkungsstätte, ein besserer Ort gewesen? Oder war die Gründungsstadt der Urburschenschaft ein Symbol für das, was Thomas Mann gerade nicht evozieren wollte? Hält man sich sein eigenes Werk vor Augen, so erscheint auch das von ihm so prominent platzierte Motiv der Grablegung im Zwielficht, zumal Thomas Mann angeblich kein Freimaurer, sondern Rotarier gewesen sein soll, einer seiner berühmtesten Romane jedoch vor freimaurerischen Symbolen nur so strotzt. Es ist der 1924 erschienene Roman *Der Zauberberg*, der einen genaueren Blick lohnt.

*Der Zauberberg* handelt zum einen von Hans Castorp, der seinen Vetter Joachim Ziemsen in einem Schweizer Luftkurort in der Nähe von Davos besucht. Dort begegnet er zwei Charakteren, die im Verlauf



Thomas Mann, Ulla Scholl, 1969

von langen Dialogen um Geist und Seele Castorps ringen. Es sind Leo Naphta und Lodovico Settembrini, letzterer ein Bekennern Freimaurer, derweil sich ersterer zu den Jesuiten zählt. Thomas Mann führt den Dialog in nahezu magische Sphären, wenn er zur Grabesmetaphorik als Symbol alchimistischer Transmutation vorstößt: „Der Lehrling muss wissbegierig und furchtlos sein, um im Stil unseres Gegenstandes zu reden. Die Gruft, das Grab war immer das hauptsächlichliche Sinnbild der Bundesweihe. Der Lehrling, der zum Wissen Einlass begehrende Grünlings, hat unter ihren Schaudern

*seine Unerschrockenheit zu bewähren, der Ordensbrauch will, dass er probenhalber in sie hinab geführt wird und in ihr verweilen muss, um dann an unbekannter Bruderhand daraus hervorzugehen.*“ Es widerspräche jeglicher Lebenserfahrung, ginge man davon aus, dass diese Symbolik für Thomas Mann keine Rolle spielte, als er den *Versuch über Schiller* schrieb. Auch die sagemuwobene Herausholung der Gebeine Schillers durch Goethe bietet vor dem Hintergrund des Gespräches zwischen Castorp, Settembrini und Naphta breiten Raum für Spekulationen.

Die Vereinnahmung Schillers fand aber auch auf einer zweiten Ebene statt. Denn auch in der Deutschen Demokratischen Republik wollte man nicht ohne sein Genie auskommen und interpretierte ihn kurzerhand zum Vorreiter der Arbeiterklasse um. So heißt es zum Beispiel in dem sehr lesenswerten Buch *Aufbruch. Urburschenschaft und Wartburgfest*, das die „Friedrich-Schiller-Universität Jena“ im Jahre 1967 anlässlich der 150. Wiederkehr des Wartburgfestes herausgab: „Wann und wo die Arbeiterklasse in ihrer Geschichte bis zum heutigen Tage auch immer als politisch



*Es gibt Dinge in der Geschichte, die die Realpolitik überdauern.*



*fortschrittliche, revolutionäre Kraft auftrat, sie tat es zugleich als Erbe und Bewahrerin auch solcher progressiver Traditionen, die ihrem historischen Ausgangspunkt und ihrer Entstehungszeit nach noch nicht mit ihr unmittelbar zusammenhängen. Sie nahm die Überlieferung der Kämpfe um neue, historisch zukunftsweisende Gesellschaftsformen ebenso auf wie die großen Träume und Hoffnungen der Menschen ‚nach einem menschlichen Jahrhundert‘, von dem beispielsweise Friedrich Schiller als Jenaer Professor im Revolutionsjahr 1789 so leidenschaftlich gesprochen hatte.“*



Friedrich Schiller, J. H. Dannecker, 1805/10

In Wahrheit gibt es nur wenige Anhaltspunkte in Schillers Werken, die sich für die Zwecke der Kommunisten verwenden lassen. Immer wieder wird sein erstes Drama *Die Räuber* erwähnt oder der Distichon von der *Würde des Menschen*:

*„Nichts mehr davon, ich bitt’ euch.  
Zu essen gebt ihm, zu wohnen;  
Hab ihr die Blöße bedeckt,  
gibt sich die Würde von selbst.“*

Solche Zeilen sind zugegebenermaßen sozialistischer Materialismus, aber nur, wenn man den Rest von Schillers Wirken ausklammert. Die *Alma mater Jenensis* war allerdings nicht nur bestrebt Friedrich Schiller für die Deutsche Demokratische Republik zu vereinnahmen, sondern auch jene Institution, die sich leidenschaftlich auf Schiller berief (und beruft),

nämlich die (Ur-)Burschenschaft. In dem oben zitierten Buch aus 1967 finden sich Geleitworte ihres damaligen Rektors, Günther Dre-fahl, die uns im Lichte der Geschichte schmunzeln lassen: *„Eingedenk ihrer großen Traditionen und im Bewusstsein, an der sozialistischen Zukunft des ganzen deutschen Volkes mitzuarbeiten, erfüllt es die Friedrich-Schiller-Universität Jena mit Stolz, dass entscheidende Impulse für das historische Ereignis des Wartburgfestes von ihren Studenten und Professoren ausgingen. Die Alma mater Jenensis fühlt sich deshalb der Pflege dieser Tradi-*

*tionen besonders verpflichtet. (...) Möge das Buch, das ein Beispiel für die Pflege der fortschrittlichen Traditionen unserer Geschichte in der Deutschen Demokratischen Republik darstellt, eine gute Aufnahme finden.“*

Texte wie diese zeigen eines: Es gibt Dinge in der Geschichte, die die Realpolitik überdauern. Die Werke Schillers zählen dazu und die Burschenschaft ebenso. Das eine schöpft Kraft aus dem anderen und sowohl Schillers Werke als auch das Verbindungswesen haben den DDR-Unrechtsstaat überlebt. Die Geleitworte des Rektors der Friedrich-Schiller-Universität Jena aus dem Jahre 1967, wonach das Buch über das Wartburgfest *„das Bild der Vergangenheit vor die Seele rufen möge, um aus ihr Kraft zu schöpfen für die lebendige Tat in der Gegenwart“* hat sich somit erfüllt. Allerdings völlig anders, als es sich der Autor jener Zeilen erwartet hatte.

Literatur:

Thomas Mann: *Versuch über Schiller*. Mit einem Nachwort von Helmut Koopmann; Silberburg -Verlag; 2005.

Günter Steiger: *Aufbruch. Urburschenschaft und Wartburgfest*; Urania Verlag; 1967.

# Adharas Stimme



Der Meister kann die Form zerbrechen  
 Mit weiser Hand, zur rechten Zeit,  
 Doch wehe, wenn in Flammenbächen  
 Das glühnde Erz sich selbst befreit!  
 Blindwütend mit des Donners Krachen  
 Zersprengt es das geborstne Haus,  
 Und wie aus offnem Höllenrachen  
 Speit es Verderben zündend aus;  
 Wo rohe Kräfte sinnlos walten,  
 Da kann sich kein Gebild gestalten,  
 Wenn sich die Völker selbst befrein,  
 Da kann die Wohlfahrt nicht gedeihn.

Weh, wenn sich in dem Schoß der Städte  
 Der Feuerzunder still gehäuft,  
 Das Volk, zerreißend seine Kette,  
 Zur Eigenhilfe schrecklich greift!  
 Da zerret an der Glocken Strängen  
 Der Aufruhr, dass sie heulend schallt  
 Und, nur geweiht zu Friedensklängen,  
 Die Losung anstimmt zur Gewalt.

Freiheit und Gleichheit! hört man schallen,  
 Der ruhge Bürger greift zur Wehr,  
 Die Straßen füllen sich, die Hallen,  
 Und Würgerbanden ziehn umher,  
 Da werden Weiber zu Hyänen  
 Und treiben mit Entsetzen Scherz,  
 Noch zuckend, mit des Panthers Zähnen,  
 Zerreißen sie des Feindes Herz.  
 Nichts Heiliges ist mehr, es lösen  
 Sich alle Bande frommer Scheu,  
 Der Gute räumt den Platz dem Bösen,  
 Und alle Laster walten frei.

Gefährlich ist's, den Leu zu wecken,  
 Verderblich ist des Tigers Zahn,  
 Jedoch der schrecklichste der Schrecken,  
 Das ist der Mensch in seinem Wahn.  
 Weh denen, die dem Ewigblinden  
 Des Lichtes Himmelsfackel leihn!  
 Sie strahlt ihm nicht, sie kann nur zünden  
 Und äschert Städt und Länder ein.

(aus Friedrich Schiller:  
 Das Lied von der Glocke)

*Adhara*

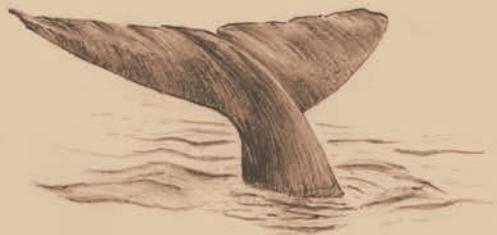
## Impressum



Medieninhaber: Freiheitlicher Arbeitskreis Attersee, Blütenstraße 21/1, A-4040 Linz, Tel.: 0732 736426, E-Post: [verein@atterseekreis.at](mailto:verein@atterseekreis.at) · Herausgeber: ParlRat. Mag. Norbert Nemeth · Redaktionelle Gestaltung: Jörg Mayer, B.A. · Art Director, Bildredakteur: Prof. Dr. Gerhard Rihl

Der Attersee Report behandelt Fragen von gesellschaftlicher und politischer Bedeutung. Er ist ein Produkt des Vereins Freiheitlicher Arbeitskreis Attersee. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren wieder und liegen in ihrer Verantwortung. Die Beiträge bewegen sich innerhalb der gesetzlichen Grenzen der Meinungsfreiheit. Ausführliche Informationen zu unseren Datenschutzbestimmungen finden Sie unter [atterseekreis.at/datenschutz](https://atterseekreis.at/datenschutz).

Bildnachweis (Abkürzungen: (b)=bearbeitet; WCg=Wikimedia Commons, gemeinfrei): S. 1, 3, 5, 52: akg-images · S. 2: akg-images / Aram Radomski · S. 4, 6-7: akg-images · S. 11: akg-images / brandstaetter images / Votava · S. 12: WCg · S. 13: Jochen Christmann ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Grenzstein105\\_Oesterreich.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Grenzstein105_Oesterreich.jpg)), <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode> · S. 19: Patrick Rouchon / akg-images · S. 20: akg-images · S. 21: akg / viennaslide / Harald A. Jahn · S. 23: akg-images / Erich Lessing · S. 24: akg-images / Erich Lessing · S. 25: Ducatipierre ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Le\\_ruisseau\\_-\\_Léon\\_Frédéric\\_-\\_1890-1899\\_Musées\\_royaux\\_des\\_beaux-arts\\_-\\_Bruxelles.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Le_ruisseau_-_Léon_Frédéric_-_1890-1899_Musées_royaux_des_beaux-arts_-_Bruxelles.jpg)), Kolorierung von Büro Rihl, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode> · S. 4, 26-27: akg images-Matthias Lüdecke · S. 30: akg-images / Stefan Trappe · S. 31: akg-images / Stefan Trappe · S. 35: akg-images / TT News Agency · S. 37: akg-images / UIG / marka/eps · S. 39: WCg · S. 4, 40-41: akg-images · S. 45: akg-images · S. 47: akg-images · S. 48: Manfred Eberlein ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Thomas\\_Mann\\_by\\_Ulla\\_Scholl.png](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Thomas_Mann_by_Ulla_Scholl.png)), <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode> · S. 49: akg-images · S. 50-51: Pixabay / Kranich17 · Illustrationen auf S. 1, 25, 39, 50, 52: Büro Rihl



**Atterseekreis**

frei denken

[www.attersee-forum.at](http://www.attersee-forum.at)

Österreichische Post AG

Sponsoring.Mail

14Z040199 S

Freiheitlicher Arbeitskreis Attersee

Blütenstraße 21/1, 4040 Linz